

Die „Freiheit“ erscheint wöchentlich am Samstag und Sonntag aus-
genommen. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung des Monats für Groß-Berlin 10 Mk.,
sonst 12 Mk. Für Postbezugs nehmen sämtliche Postämter Bestellungen entgegen.
Unter Drucklegung des Monatsheftes für Deutschland, Österreich, Ungarn, Dänzig, das
Danziger Gebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens u. Litauens 20 Mk.,
für das übrige Ausland 27 Mk., per Brief bez. für Deutschland u. Österreich-Ungarn 30 Mk.
Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C2, Breite Straße 8-9.

Die achtspaltige Monoparitätelle über deren Raum kostet 4.- Mk. einschließlich
Anzeigenheft. Kleine Anzeigen: Das festgedruckte Wort 2.- Mk., jedes weitere
Wort 1,50 Mk. einschließlich Insetzdruck. Laufende Anzeigen laut Tarif.
Familien-Anzeigen und Stellen-Angebote 3,75 Mk. netto pro Zeile. Stellen-Gebühren
in Wort-Anzeigen: das festgedruckte Wort 1,50 Mk., jedes weitere Wort 1.- Mk.
Fernsprecher: Zentrum 152 30-152 39

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Der monarchistische Verschwörerbund

Enthüllungen des badischen Staatspräsidenten / Die Bestimmungen des Geheimbundes / Verräter verfallen dem Tode

Das Schutz- und Trutzbündnis

Karlsruhe, 22. September.

In der heutigen Sitzung des Badischen Landtags machte der Staatspräsident aufsehenerregende Mitteilungen über das Bestehen von politischen Geheimorganisationen und deren Bestimmungen, die von der Staatsanwaltschaft aufgefunden wurden. Diese Bestimmungen der Geheimorganisation haben folgenden Wortlaut:

a) Geistige Ziele: Pflege und Verbreitung des nationalen Gedankens, Bekämpfung alles Antinationalen und Internationalen, Bekämpfung des Judentums, der Sozialdemokratie und der linksradikalen Parteien, Bekämpfung der antinationalen Weimarer Verfassung in Wort und Schrift. Ausklärung weiterer Kreise über diese Verfassung, Unterstützung weiterer Kreise über diese Verfassung auf liberalistischer Grundlage.

b) Materielle Ziele: Beförderung von entschlossenen Idealisten zu dem Zweck, die vollständige Revolutionierung Deutschlands zu verhindern, bei großen inneren Unruhen deren völlige Niederringung zu erzwingen und durch Einsetzung einer nationalen Regierung die Wiederkehr der heutigen Verhältnisse unmöglich zu machen; die durch den Versailler Vertrag angeordnete Entmannung und Entwaffnung unmöglich zu machen und dem Volke seine Wehrmacht und die Bewaffnung soweit wie möglich zu erhalten.

Die Organisation charakterisiert sich in weiteren Bestimmungen wie folgt: Die Organisation ist eine Geheimorganisation. Sie verpflichtet die Mitglieder untereinander, ein Schutz- und Trutzbündnis zu schließen, so daß jeder Angehörige der Organisation der weitgehenden Hilfe aller Mitglieder sicher sein kann. Die Mitglieder verpflichten sich, ein Machtfaktor zu sein, wo die Not, die Ehre unseres deutschen Vaterlandes und die Erreichung unserer Ziele es erfordern. Jeder verpflichtet sich zu unbedingtem Gehorsam gegenüber der Leitung der Organisation.

In den Bestimmungen heißt es weiter: Juden, überhaupt jeder fremdaffige Mann ist von der Aufnahme in die Organisation ausgeschlossen. Die Mitgliedschaft erstreckt:

- a) durch den Tod,
- b) durch Ausschließen infolge unehrenhafter Handlungen,
- c) durch Ungehorsam gegen die Vorgesetzten und
- d) durch freiwilligen Austritt.

Alle Leute unter b und c und alle Verräter verfallen der Feme. Die Verpflichtungsformel lautet: Ich erkläre ehrenwörtlich, daß ich deutscher Abstammung bin. Ich verpflichte mich ehrenwörtlich durch Handschlag, mich den Satzungen zu unterwerfen und nach ihnen zu handeln. Ich gelobe dem obersten Leiter der Organisation unbedingten Gehorsam und über alle Angelegenheiten strengstes Stillschweigen zu bewahren.

Der Staatspräsident stellte nach Verlesung dieser Mitteilungen fest, daß der Mörder Tilschen einer Kölner Zentrumsfamilie angehört, daß er seiner Schwester aber geschrieben habe, sie solle künstlich deutschnational wählen. Ferner sagte der Staatspräsident hinzu, daß die beiden Mörder Erzbergers dieser Geheimorganisation angehört, ebenso Killinger und Müller.

Die Enthüllungen des Staatspräsidenten haben im Badischen Landtag große Erregung hervorgerufen. Sie bestätigen im wesentlichen das, was wir an dieser Stelle seit Jahr und Tag behauptet und dokumentarisch belegt haben. Die Verschwörerorganisation ist in Bayern gegründet worden, sie hatte dort ihren Sitz, Sonderformationen der Einwohnerwehr und der Orgeßch bekannten sich zu ihren Satzungen.

Die Regierung Kahr war von dem Bestehen der Geheimorganisation unterrichtet. Sie ist nicht gegen sie eingeschritten; sie hat vielmehr durch den Ausnahmezustand die Organisation begünstigt und ihr Gedeihen dadurch erleichtert, daß sie unser Münchener Parteiorgan, den „Kampf“, das Weitererscheinen untersagte, weil gerade dieses Blatt energisch und zielbewußt die Taten jener Geheimorganisation bloßlegte.

Genosse Gareis ist das Opfer dieses Verschwörerbundes geworden, genau so, wie es Erzberger wurde. Und weil die Regierung Kahr, weil insbesondere Boehner und Roth die Ziele des Bundes billigten, deshalb sind die Mörder des Genossen Gareis durch die Polizeibehörde in München nicht verfolgt worden.

Die Organisation der monarchistischen Verschwörer erstreckt sich aber nicht nur auf Bayern, sie hat ihre Zweigniederlassungen im ganzen Reiche errichtet. Wann werden die Rester überall rücksichtslos ausgeräuchert? Auch Offiziere der Sicherheitspolizei gehören ihr an. Was unternimmt die preussische Regierung gegen diese Verbrecher?

Die Ausführungen des Reichszanlers Dr. Wirth im Ueberwachungsausschuß sind durch die Enthüllungen des badischen Staatspräsidenten nicht nur bestätigt worden, sie gehen weit über das hinaus, was Dr. Wirth behauptete. Jetzt sind die Deutschen national endgültig überführt. Ueberführt ist auch das System Kahr. Und darum muß als erster Schritt zur Rahmlegung jener Mörderorganisationen der Ausnahmezustand in Bayern fallen.

Wie durch den Ausnahmezustand die Mörderzentralen begünstigt wurden

Der nachstehende Artikel war geschrieben, bevor der badische Staatspräsident die Enthüllungen über die rechtsstehende Verschwörerorganisation machte. Der Artikel zeigt, wie die Verschwörerorganisation durch den Ausnahmezustand begünstigt wurde und was getan werden muß, um die Republik vor den Plänen der Verschwörer zu schützen.

Seit länger als einem Jahr haben wir immer wieder auf die Treibereien der Mörderzentralen und Orgeßchbänden in Bayern hingewiesen und jedesmal hat der Münchener Dementierapparat mit einer Ablehnung reagiert. Der Brief des Staatskommissars Weismann hat nun endlich bestätigt, was wir immer behauptet haben, daß die Kappverbrecher sich trotz ständlicher Verfolgung in Bayern aufhalten, und daß sie die besten Beziehungen zu dem Münchener Polizeipräsidenten Boehner unterhalten. Bestätigt wurde auch unsere Feststellung, daß ein großer Teil der ehemaligen Brigade Ehrhardt in Bayern „untergebracht“ ist, daß sich Waffendepots der Orgeßchbänden in Bayern befinden, und schließlich hat die Untersuchung in der Nordische Erzberger dazu geführt, unsere Feststellungen über das Bestehen der bayerischen Mörderzentrale zu bekräftigen!

Man erinnere sich jetzt an die Mord- und Waffenschieberaffäre Dobner-Pracher, die im Oktober vorigen Jahres den bayerischen Landtag beschäftigte. Dem ermordeten Genossen Gareis war es zu danken, daß die Frage der Mörderzentrale damals an die Öffentlichkeit kam. Da er die Polizei selbst in engster Verbindung mit den Mördern sah, konnte er den Kriminaldienst nicht mit den Nachforschungen betrauen. Unermüdlich Tag und Nacht, war er an der Arbeit, um die geheimen Taten aufzudecken. Den von der Mörderbande verfolgten ehemaligen Reichswehrsoldaten Dobner brachte er vor seinen Verfolgern in Sicherheit, und im Landtag setzte er es gemeinsam mit dem S. P. D. Abgeordneten Timm durch, daß ein Untersuchungsausschuß in der Sache eingesetzt wurde, der feststellen sollte, ob bei der Münchener Polizeidirektion eine Mörderzentrale bestesse.

Dobner und Pracher wurden von den Mördern verfolgt, weil sie angeblich geheime Waffenlager der Orgeßch verraten haben sollten. Im Untersuchungsausschuß verstanden es die bürgerlichen Parteien, trotz erdrückenden Belastungsmaterials, das Gareis beizubringen wußte, die Polizeidirektion reinzuwaschen, und der Vorsitzende der Bayerischen Volksparteifraktion, Abg. Held, verteidigte die Polizeidirektion energisch. Damit stellte er sich — wir nehmen zu seiner Ehre an, ungewollt — schühend vor die Mörderbande. Im Streit mit die Schuld, daß damals die Mörderzentrale in München nicht entlarvt worden ist und ihr Handwerk weiter betreiben konnte. An Gareis haben sich die Mörder gerächt. Er wurde von ihnen niedergeschossen. Pracher wurde in einem Prozeß, der wohl einen der schlimmsten der bayerischen Ausnahmegerichte darstellt, ins Gefängnis gesperrt und auf diese Weise für die Mörderzentrale unschädlich gemacht. Er hatte damals erklärt: „In Bayern besteht eine Mörderzentrale, und wenn sie nicht rasch ausgehoben wird, haben Sie in kurzer Zeit einen neuen politischen Nord.“ Das war im Januar. Im Juni wurde Genosse Gareis ermordet, und dann folgte die Ermordung Erzbergers.

Während Arbeiterabgeordnete, wenn sie sich gegen den Verfassungsbruch der bayerischen Regierung zur Wehr setzen, in die Festung geworfen werden (siehe den Fall Fischer), können Orgeßchgehörige, selbst wenn sie zum Nord aufrufen, sogar noch Staatsbeamte in Bayern bleiben. Der stellvertretende Landesheptmann der Einwohnerwehr, Obergemeister Kändler, wurde vom Vorsitzenden der bayerischen Königspartei in einem Brief an den Redakteur eines Münchener Blattes beschuldigt, daß er im Bureau der Landesleitung der Einwohnerwehr dazu aufgefordert habe,

solche Leute, die geheime Waffenlager der Einwohnerwehr verraten, unter irgendeinem Vorwand aufzufuchen und beiseite zu schaffen, und zwar unter Hinterlassung eines Merkmals, das die Motive zur Tat zweifelsfrei erkennen lasse! Herr Kändler hat sich bis heute gegen diesen Vorwurf der Mordaufrorderung noch nicht zu verteidigen gewußt. Die Regierung hat im Februar bereits schleunige Untersuchung zugesagt, aber bis heute hat die Öffentlichkeit noch nichts über das Ergebnis dieser „schleunigen“ Untersuchung erfahren. Es kann sich aber bei dieser Anweisung zum Totschlag nicht um die Anschauung eines einzelnen Heißsporns handeln, denn lange vor diesem Vorfall wurde in einem Park in der Nähe von München das Dienstmädchen Sandmeyer ermordet aufgefunden. Bei der Leiche lag ein Zettel mit der Aufschrift:

„Du Schandweib hast verraten dein Vaterland, Drum hat Dich gemordet die schwarze Hand!“

Die Sandmeyer wurde in der Presse beschuldigt, geheime Waffenlager der Einwohnerwehr verraten zu haben. Die Täter waren die Komplizen des Herrn Kändler, Angehörige der Mörderzentrale. Auch dieser Fall wurde in der „Ordnungszelle Bayern“ nicht aufgeklärt. Herr Kändler hatte sich in einer Versammlung der Einwohnerwehrführer des Chiemgaus gerühmt, daß er Herrn von Kahr zum Ministerpräsidenten gemacht habe und dieser ihm deshalb verbunden sei. Die Einwohnerwehrleute könnten Angeber von Waffenlagern ruhig verprügeln, sie brauchten keine Angst vor den Gerichten zu haben. Hinter ihm stünde der Ministerpräsident Kahr und der werde schon im Falle von Anzeigen dafür sorgen, daß die Angeklagten frei kämen. Er habe schon mehr als einmal Einwohnerwehrleute, die sich durch Gewalttate gegen bestehende Gesetze verfehlt hatten, aus den Klauen des Gerichts befreit. Auch für diesen unerhörten Fall hat die Regierung Kahr bereits im Februar „schleunige“ Untersuchung zugesagt, aber bis heute hat die Öffentlichkeit noch nichts darüber gehört.

Der selbe Obergemeister Kändler hat riesige Waffenschieberungen nach Tirol geleitet. Er hat Waffen, die Besitz des deutschen Reiches waren, diesem entzogen und ins Ausland gebracht. Bei diesen Waffenschieberungen hatte er den Leutnant Brand beschäftigt, der wegen Landesfriedensbruchs von der Polizei gesucht war, weil er im März 1920 in Passau eine Arbeiterfeier mit einer Horde Reichswehrsoldaten mit Revolvern und Handgranaten überfallen hatte. Kändler hat also den Leutnant Brand den Gerichten entzogen, obwohl ihm bekannt war, daß Haftbefehl erlassen war. Auch hierüber hat die Regierung noch keine Auskunft gegeben, obwohl sie Untersuchung der Sache zugesagt hatte.

Als wir im Oktober 1920 und im Januar 1921 darauf aufmerksam machten, daß die Brigade Ehrhardt in Form von sogenannten „Arbeitsgemeinschaften“ nach Bayern gebracht werde, daß die Ehrhardtleute in voller Kriegsausrüstung gruppenweise nach Bayern kamen, um dort angeblich Arbeitsgelegenheit zu bekommen, wurde das von der bürgerlichen Lügenpresse abgeleugnet. Wir veröffentlichten damals Dokumente, die unsere Behauptungen beweisen sollten. Trotzdem wurde alles abgeleugnet. Jetzt endlich, durch die Nachforschung nach den Mördern Erzbergers, wurde bestätigt, daß der größte Teil der ehemaligen Ehrhardtbrigade sich in Bayern befindet, daß Angehörige dieser Räuberbande die Mörder der Erzbergers sind.

Wir haben immer wieder festgestellt, daß Waffentransporte von Norddeutschland nach Bayern gehen und von da nach Tirol. Obwohl wir aktenmäßigen Beweis führten, log der Münchener Dementierungssapparat alle unsere Feststellungen aus der Welt, bis in Tirol von unseren Parteifreunden einige Waffentransporte aus Bayern abgefangen wurden und damit der klare Beweis für die Waffenschieberungen erbracht war, die nichts anderes bedeuten, als die Vorbereitung eines nationallistischen Putsches.

Die Münchener Kahrlisten haben durch ihre Presse selbst das Bestehen der „Reichsfahne Oberland“ abgeleugnet, trotzdem wir die Aufnahmebedingungen der Reichsfahne veröffentlicht hatten. Inzwischen wurde aus der „Reichsfahne“ das „Freikorps“ Oberland und von seinen Helfenden wurde in der letzten Zeit aus Oberösterreich recht Unangenehmes und wenig Ruhmenswertes bekannt. Aber zum Beweis dafür, daß auch diese Terrorgruppe zu dem Münchener Mörderkreis gehört, wollen wir noch einmal daran erinnern, daß in den Aufnahmebedingungen jeder Freischärler sich auf das nationalistische Programm des „Oberland“ verpflichten mußte, daß er ehrenwörtlich versichern mußte, die Waffen niemals abzu-

liefern und Treue bis in den Tod zu wahren. Der letzte Punkt der Aufnahmebedingungen lautete: „Verräter und Wortbrüchige verfallen der Feme.“ Inzwischen konnte festgestellt werden, daß ein Teil der Freikorpsangehörigen, die in Oberschlesien angeblich von den Polen verschleppt oder umgebracht worden sein sollen, von ihren eigenen Freikorpskameraden ermordet worden sind, weil man sie politisch nicht mehr für „zuverlässig“ hielt.

Im November vorigen Jahres veröffentlichten wir ein Geheimschreiben der 26. Alarmkompanie, Masch.-Gew.-Sturmtruppe in München. Es handelt sich hier um eine geheime bewaffnete Organisation der bayerischen Reaktion. In diesem Schreiben wurden Verhaltensmaßregeln für den Fall eines Rechtsputches gegeben. Auch der Zusammenhang zwischen diesen Geheimorganisationen und bayerischen Industriellenkreisen ging aus diesem Geheimschreiben hervor. In den Verhaltensmaßregeln im Falle eines Rechtsputches hieß es unter anderem:

„Mit dem handrechtlichen Erschießen darf jetzt nicht mehr human verfahren werden, insbesondere müssen wir auf die Führer der republikanischen, sozialistischen und gewerkschaftlichen Organisationen unsere Späher wie auf das Wild hegen... Sozialistenführer und andere Schmeißer in der Wohnung gleich erschießen. Die Juden fernschmeißen und in den 4. Kellerplatz führen, wo sie samt und sonders gehängt werden. Eber noch mit Sozialdemokraten Erbarmen haben, als mit Juden. Die Erfahrung aus dem Kapp-Putsch hat gelehrt, daß je strenger die ersten Kampfhandlungen durchgeführt werden, desto leichter der Sieg wird. Die Presse, mit Ausnahme der rechtsdemokratischen, nationalen und antisemitischen, ist sofort zu besetzen und unter militärischer Kontrolle zu setzen. Weigern sich Druckerarbeiten, für uns zu arbeiten, so sind die nächsten fünf zu erschießen und in den Druckeräumen liegen zu lassen. Bei Sabotage an den Maschinen ist jeder sechste Mann zu erschießen. Straßenabsperren müssen rücksichtslos durchgeführt werden. Wer trotz des Verbotes die Straße betritt, gleich ob Bürger oder Proletariat, wird erschossen.“

In dem gleichen Geheimschreiben waren Mitteilungen über die Mordversuche enthalten. Darunter waren auch die Namen der beiden Abgeordneten Timm und Gareis genannt, die im Landtag die Mörderzentrale aufdeckten. Die betreffende Stelle in dem Geheimschreiben lautet: „Der Führer Timm der M. S. P. und Gareis der U. S. P. sind in der U. P. -Liste gestrichen, nachdem die Sache anderen Wind bekommen hat.“ Im Juni dieses Jahres wurde der hier genannte Genosse Gareis ermordet!

Bedarf es noch eines weiteren Beweises für die Existenz der bayerischen Mörderzentrale und der geheimen bewaffneten Organisationen? Wir wollen es heute mit dieser kleinen Auswahl des beigegebenen Materials bewenden lassen. Aber eines bleibt noch festzustellen: Unser Münchener Parteiorgan „Der Kampf“ wurde verboten. Das kurz nach dem Verbot erscheinende Ersatzorgan, die „Münchener Morgenpost“, wurde ebenfalls unter den nichtigen Vorwänden verboten. Unser Münchener Parteiorgan hat sich das Verdienst erworben, unabhängig auf die Mörderzentrale und auf die geheimen Putschorganisationen der Militaristen hingewiesen zu haben. Es hat eine Anzahl dokumentarischer Beweise veröffentlicht, hat die Namen der Beteiligten genannt und an die Regierung appelliert, einzuschreiten. Aber nichts geschah! Nichts, nur das Blatt wurde verboten, weil man einen unangenehm kritischen loswerden wollte. Niemand ist gegen das Blatt eine Klage gestellt worden, obwohl es eine Reihe von Personen beschuldigt hatte, mit den Mördern unter einer Decke zu stehen. Obwohl es den Polizeipräsidenten in Zusammenhang brachte mit der Mörderzentrale.

Nur ein einziger Fall ist bekannt, in dem ein Münchener Einwohnerwehrführer sich an die Gerichte wandte, weil er „Polizeimörder“ genannt wurde. Aber das Gericht hat das Verfahren eingestellt. Man fürchtete einen Prozeß und hatte guten Grund dazu. Es ging eben nicht an, daß vor Gericht in aller Öffentlichkeit die geheimsten Zusammenhänge der Mörderorganisationen aufgedeckt wurden. Aber man mußte den unangenehm Namen loswerden, und so trat der Polizeipräsident Boehner in Aktion und verhängte auf Grund des Belagerungszustandes kurzerhand das Verbot über unser Münchener Parteiblatt, wegen seines „heerischen und landesverräterischen“ Inhalts. Vor wenigen Tagen waren unsere Genossen bei der Regierung und bei der Polizeidirektion, um das Wiedererscheinen des länger als drei Monate verbotenen Blattes zu erwirken. Man sagte ihnen, daß der Titel des Blattes geändert werden müsse, daß die Haltung des Blattes nicht die gleiche sein dürfe, wie in dem verbotenen Organ, und daß die Zusammensetzung der Redaktion geändert werden müsse, wenn das neue Organ nicht als Fortsetzung des verbotenen erneut unterdrückt werden sollte!

Eine derartige Provokation ließen sich unsere Genossen natürlich nicht gefallen. Die Polizei will eben verhindern, daß in München eine Zeitung erscheint, die ihr auf die Finger steht und ihre geheimen Beziehungen zu den Kapp-Verbrechern und Mörderzentralen aufdeckt. Die Münchener Genossen erklärten, daß sie auf eine Gnade von der Polizei verzichteten und sich nicht vorzeichnen lassen, was sie in ihrer Zeitung schreiben dürfen und wer es schreibt. So ist unser Münchener Parteiblatt immer noch verboten. Auf des Verhalten der bayerischen Regierung und der Münchener Polizei gibt es aber nur eine Antwort: Die Aufhebung des Ausnahmezustandes durch die Reichsregierung!

Die neue bayerische Regierung

Das Echo der Presse

Drahtmeldung unseres Korrespondenten München, 23. September.

Die Münchener Presse verhält sich zur Regierungsabklärung noch zurückhaltend und abwartend. Selbst die deutschnationalen „München-Lugsburger Abendzeitung“ schreibt: „Alles in allem bleibt es dabei, daß durch den Sturz des Kabinetts Kahr und durch die Sprengung der alten Koalition die demokratische Reichsregierung einen Sieg errungen hat und auch die unitarischen Kreise im eigenen Lande gestärkt worden sind. Im übrigen werden wir der künftigen Entwicklung mit Ruhe entgegensehen, und auch der neuen Regierung gegenüber werden wir uns an das Bismarckwort halten: An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen.“

Die „Münchener Neuesten Nachrichten“ schließen ihre Betrachtung zu der Verheißung des Programms ab: „Wir sind der Überzeugung, daß ein jeder, dem Ruhe und Ordnung in Bayern und in Deutschland und die Wiederaufrichtung harter Lebensbedingungen im Rahmen eines kraftvollen Reiches Herzenssache ist, mit uns einig gehen muß, dem neuen Mann nicht von vornherein ablehnend entgegenzutreten, sondern im Interesse des Landes die neue Regierung zunächst loyal zu unterstützen.“

Die rechtssozialistische „Münchener Post“ schreibt in ihrem Leitartikel: „Biel ist schon dadurch gewonnen, daß die deutschnationalen Volksparteier mit ihrer selbsthütigen und eigennütigen, in erster Linie gegen die um ihr Dasein ringende Arbeiterklasse gerichteten Politik in den Hintergrund gedrängt sind. Die Sozialdemokratie wird ihre Forderungen stellen, und die Taten des Reichens abwarten. Von ihnen wird bei rein sachlicher Würdigung ihre Haltung gegenüber dem Ministerpräsidenten abhängen.“

Ministerpräsident Verchenfeld hat sich gestern nach Berlin begeben, um seine Antrittsbesuche zu machen und mit dem Reich die eingeleiteten Verhandlungen fortzuführen. Es soll Aussicht für eine Verständigung zwischen Bayern und dem Reich vorhanden sein. Die Verständigungsformel darf jedenfalls nur lauten: Aufhebung des Belagerungszustandes!

Bedenkliche politische Vorgänge

Wie die P. P. N. hören, ist man in Berlins Regierungskreisen außerordentlich erkrankt über die Zweispieltätigkeit in der Beurteilung neuer politischer Vorfälle der letzten Zeit. Während der Würzburger unabhängige Abgeordnete Fischer wegen seiner Aufforderung zu einer eventuellen Trennung Nordbayerns von Bayern zu einjährig Jahren Festung verurteilt wurde und der bayerische Landtag seinen Antrag auf sofortige Haftentlassung abgelehnt hat, wurde der „Miesbacher Anzeiger“ wegen seiner Aufforderung „Los vom Reich“ nur auf sieben Tage verurteilt. Würde Fischers Aufforderung zur haarechtlichen Trennung Nordbayerns im Rahmen des Reiches (auch als Hochverrat ausgelegt, so muß die Aufforderung des „Miesbacher Anzeigers“ zur Trennung Bayerns vom Reich noch viel mehr als Hochverrat gewertet werden. Die ergangenen Urteile stehen allerdings im umgekehrten Verhältnis.

Ein weiterer Beweis für die Parteilichkeit, mit der die bayerischen Behörden arbeiten, ist die Tatsache, daß der Vorsitzende der National-„sozialistischen“ Arbeiterpartei, Adolf Hüller, der wegen der Verbreitung müßer antisemitischer Flugblätter, die zu Mord und Totschlag aufforderten, zwar verhaftet, aber nach drei Tagen wieder auf freien Fuß gesetzt wurde.

Gute Zeiten für Deutschnationalen

Gestern vormittag wurde mitgeteilt, daß die „Deutsche Zeitung“ auf drei Tage verboten worden sei. Zum Erlaunen der Mittel, soweit sie freiwillig oder aus Zwang das Blatt ließ, erschien gestern abend bereits wieder eine Ausgabe, in der berichtet wird, daß die Zeitung wieder in der Lage sei zu erscheinen. Wer das Verbot aufgehoben hat und aus welchen Gründen es so schnell geschehen ist, erfahren wir nicht. Auf jeden Fall geht es den Deutschnationalen besser als den Kommunisten. Wenn deren Blätter verboten werden, so müssen sie bestimmte Garantien dafür abgeben, daß sie sich künftig in den Grenzen der von der Regierung erlassenen Verbote halten werden, sonst wird unweigerlich die Verbotsfrist durchgeföhrt.

Der Kampf gegen die deutschnationalen Reaktion zehlt das letzte Blätter!

Das „Stuttgarter Tageblatt“ ist wegen zweier Artikel „Der letzte Akt“ und eine „Total blamierter Regierung“ auf Grund der Verurteilung des Reichspräsidenten für die Zeit vom 22. bis 30. September verboten worden.

Siegerwalds Triumph

Die „Germania“ veröffentlicht als Antwort auf den Artikel des Abgeordneten Joos eine Zuschrift des preußischen Ministerpräsidenten Siegerwald, worin dieser feststellt, daß die Fraktion seiner Politik jetzt offensichtlich heranzutreten, und wenn er das letzte halbe Jahr nochmals vor sich hätte, würde er wieder genau so handeln, wie er gehandelt habe. Er habe eine Koalition der Mitte von Scheidemann bis Stresemann erstrebt, und nachdem der rechtssozialistische Parteitag die hauptsächlichsten Hindernisse beseitigt habe, kämpfe er nunmehr für Weirh. Er habe sich gegen eine Koalition gewandt, die von der Unabhängigen Sozialdemokratie bis zum Zentrum hinangelaufen wäre, denn die wäre aus politischen, wirtschaftlichen und finanziellen Gründen nicht tragbar gewesen. Herr Joos habe Siegerwald nicht verstanden und das erkläre sich daraus, daß er nicht Geistespolitik, sondern Realpolitik treibe.

Die Differenz zwischen den Herren Siegerwald und Joos, die beide der Zentrumspartei angehören und aus der katholischen Arbeiterbewegung kommen, hat tiefere Gründe, als sie beide anzugeben sich zu befinden. Joos ist Führer der katholischen Arbeitervereine, die sich vor allem die Pflege der Religion zur Aufgabe stellen; Siegerwald dagegen muß als Leiter der christlichen Gewerkschaften auch mit evangelischen, deutschnationalen Elementen von der Art des Abgeordneten Behrens zusammenarbeiten, und daraus erklärt sich seine partei rücksichtnahme auf die reaktionären Kreise. Was Siegerwald als seine „Realpolitik“ bezeichnet, ist also nichts anderes als die Hebertragung der Tendenzen in den christlichen „interkonfessionellen“ Gewerkschaften, mit denen die rein katholischen Kreise des Zentrums nicht immer einverstanden sind, auf die Regierungspolitik. Wenn also jetzt Herr Siegerwald triumphierend sagt, daß seine Politik gesiegt habe, so bedeutet das in Wirklichkeit nichts anderes als die Feststellung, daß der deutschnationalen Politik ein harter Einbruch auf die Regierung eingeräumt werden soll. Offiziell würde also der Blöf der Mitte von Scheidemann bis Stresemann reichen, tatsächlich weitest er sich aber aus bis zu dem Punkte, wo die Deutschnationalen vom Schlage Behrens stehen.

So hat der glorreiche Beschluß des rechtssozialistischen Parteitages in Götting zu einem Triumph Siegerwalds und dadurch zugleich zu einem Triumph der deutschnationalen Politik geführt. Man begreift deshalb, daß die reaktionären Kreise sich stark genug fühlen, um zum Generalangriff gegen das Kabinett Weirh auszuholen.

Kombinationen über die Regierungsbildung

Das „Berliner Tageblatt“ teilt mit, daß Siegerwald schon vor drei Wochen beim Reichspräsidenten für Erweiterung der Ministerien in Preußen und im Reich nach rechts hin eingetreten sei. Ebert habe sich daraufhin mit der Sozialdemokratie in Verbindung gesetzt, und auf seine Vermittlung hin scheine jener Anschauung eingetreten zu sein, der zu der Resolution über die Koalitionspolitik geführt habe. Allerdings scheine man mit der Möglichkeit zu rechnen, daß zuerst das preußische Kabinett rekonstruiert werde, während im Reich die Angelegenheit noch eine Zeitlang aufgeschoben werden soll.

Zu gleicher Zeit teilt die rechtssozialistische Fraktion des preußischen Landtages im „Vorwärts“ mit, daß Besprechungen über die Umbildung der preußischen Regierung weder in den letzten Tagen stattgefunden hätten, noch in den nächsten Tagen stattfinden würden. Die Fraktion glaube zu der Annahme berechtigt zu sein, daß alle darüber verhandelten Kombinationen nur dazu dienen sollten, einer kommenden Regierungsbildung die größtmöglichen Schwierigkeiten in den Weg zu legen.

Das Unglück von Oppau

Rundgebung der französischen Sozialisten

Aus dem Zentralkomitee der U. S. P. D. vom folgenden Telegramm aus Paris:

Paris, 23. September.

Erschüttert durch die schreckliche Katastrophe in Ludwigshafen, bitten wir, dem deutschen Proletariat unser tiefstes Beileid auszusprechen von der Sozialistischen Partei Frankreichs.

Paul Faure.

Hilfe für die Opfer der Katastrophe

Von der Gewerkschaftskommission Berlins und Umgegend wird uns geschrieben:

Das furchtbare Unglück, das über tausende von Arbeiterfamilien durch die Katastrophe in Oppau hereingebrochen ist, hat auch die Berliner Arbeiterklasse aus tiefster Erschütterung. Um nun diesen Opfern den Beweis alter Solidarität zu erbringen, hat der Ausschuh der Gewerkschaftskommission Berlins und Umgegend beschlossen, die Organisationen zu ersuchen, einem ihrer Stärke und Leistungsfähigkeit entsprechenden Betrag zu bewilligen, diesen an den Ausschuh der Gewerkschaftskommission Berlins und Umgegend abzuführen, der dann dem Ortsausschuh Ludwigshafen zur Vornahme der ersten Rat der Opfer überwiesen werden soll. Ein entsprechender Beitrag ist bereits zur Unterstützung dieser Opfer abgegangen.

Die Preisausgleichsstelle für stickstoffhaltige Düngemittel hat der Stadt Ludwigshafen als erste Hilfe, für die bei der Explosion in Oppau Verunglückten Mark 500 000 überwiesen. Sie beabsichtigt, noch weitere Mittel zur Verfügung zu stellen.

Die Zahl der Opfer

Dr. Ludwigshafen, 23. September.

Die Explosionskatastrophe in Oppau hat doch eine größere Anzahl von Opfern gefordert, als noch gestern von der Direktion der Badischen Anilin- und Sodafabrik in Ludwigshafen angenommen wurde. Während die Direktion gestern noch ausdrücklich erklärte, daß die Zahl der Toten kaum 300 überschreiten würde, mußte sie heute zugeben, daß diese Zahl zu niedrig gegriffen sei und sich wahrscheinlich auf 400 bis 500 Tote erhöhen würde. Die Direktion der Anilinwerke erklärt die Differenz zwischen den gestern von ihr gegebenen Zahlen und ihren heutigen Angaben damit, daß zahlreiche Arbeiter von Baufirmen, die während des Unglücks mit Neubauten auf dem Fabriks Terrain in Oppau beschäftigt waren, mit umgekommen sind, was gestern noch nicht völlig zu übersehen war. In die Zahl der Todesopfer müssen auch noch jene Taten hineingerechnet werden, die noch unter den Trümmern liegen und deren Bergung auf große Schwierigkeiten stößt.

Kommunistenprozeß in Leipzig

Leipzig, 23. September.

Vor dem Reichsgericht begann heute der Hochverratsprozeß gegen 22 Angeklagte aus Sachsen und Umgegend, die angeklagt sind, in der zweiten Hälfte des August 1933 auf eine von der kommunistischen Zentralleitung in Berlin organisierte Anstiftung hin in Sachsen eine Rote Armee gebildet zu haben und dem Zweck, die Reichsverfassung gemaßfamt zu ändern und die sogenannte Räterepublik einzuführen. Einer der Angeklagten ist Privatlehrer, die meisten anderen sind Arbeiter oder Handwerker. Die Verhandlung wird voraussichtlich 6-7 Tage in Anspruch nehmen und wird vom Staatspräsidenten Dr. von Helldorf geleitet.

Neue Schwierigkeiten über Oberschlesien

Paris, 23. September.

Der Kaiser Sonderberichterstatter der „Information“ berichtet seinem Blatt, daß die Konjunktur zur Regelung der ober-schlesischen Frage bis in die jüngsten Tage einen gewissen Optimismus zur Schau getragen habe, und von einer gut unterrichteten Personlichteit eine baldige Lösung der ober-schlesischen Frage in Aussicht gestellt worden sei. Gestern habe ein neues Ereignis den Satz gestungen Plan zerstückt. Der Berichterstatter fragt, ob es sich um einen Sachverständigenbericht oder um eine Note der englischen Regierung handle, die den Beschluß, den man zu fassen im Begriff gewesen sei, wieder hinfällig gemacht habe. Er hoffe, das man das bald erfahren werde, jedenfalls sei die Lösung der Frage aufgehoben.

Die deutsch-russischen Beziehungen

Frankfurt a. M., 23. September.

Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus Riga: Der Vorsitzende des Allrussischen Zentralen Volkskomitees, Kalinin, empfangt in Moskau den Vertreter Deutschlands, Wie de n s e l d t, der seine Vollmacht überreichte, wobei es die Genehmigung darüber aussprach, daß die deutsch-russischen Beziehungen nunmehr einen offiziellen Charakter annehmen. Die deutsche Regierung sei überzeugt, daß beide Staaten künftig zusammengehen und die lebhaftesten Beziehungen zwischen dem russischen und dem deutschen Volke erfreuliche Resultate zeitigen werden. Kalinin erwähnte, die Russen und die Deutschen hätten immer gemeinsame Interessen gehabt. Künftig sei ein noch engeres Verhältnis erwünscht. Die Vereinigung des technischen Wissens und der Organisationsfähigkeit Deutschlands mit der russischen Naturreichtümern werde für beide Teile vorteilhaft sein. Die Räteregierung werde alles zur Förderung der wirtschaftlichen Beziehungen Deutschlands tun. Die russische Regierung zweifelt nicht, daß Deutschland ein gleiches beabsichtige.

Die Finanzhilfe für Rußland

EW. London, 23. September.

Der britische Delegierte Filber erhielt den Auftrag, der Unterkommission des Völkerbundes, die sich mit der Diskussion für Rußland beschäftigt und gleichfalls Dr. Hansen mitzuteilen, daß die britische Regierung nicht beabsichtige, Rußland ein Darlehen zu gewähren. Es wahrscheinlich die übrigen Mächte danach tun werden, wäre es vielleicht das beste, sämtliche finanziellen Beiträge, die für Rußland gestiftet werden, dem Roten Kreuz zu überweisen.

Ultimatum an Ungarn

Paris, 23. September.

Die Postkonferenz übermittelte dem Vorsitzenden der ungarischen Abordnung auf der Friedenskonferenz eine Note, in der Ungarn aufgefordert wird, das Burgenland in kurzer Frist zu räumen. Wenn sich Ungarn weigern sollte, wären die alliierten Mächte gezwungen, Zwangsmaßnahmen zu ergreifen.

Zerbrochenes Porzellan

Die Folgen von Görlich

Der von uns veröffentlichte Artikel des „Vorwärts“-Redakteurs Kuttner, den der „Vorwärts“ noch immer seinen Lesern vorenthält, wird in rechtssozialistischen Provinzialblättern, selbst in solchen, die mit dem Verfasser nicht einverstanden sind, nachgedruckt und kommentiert. Namentlich der Hinweis Kuttners, daß die Partei von dem Görlicher Beschluß in der Koalitionsfrage völlig überzumpelt worden sei, findet allgemeine Beachtung. Das „Hamburger Echo“ stimmt in dieser Beziehung Kuttner vollkommen zu und teilt die recht interessante Tatsache mit, daß in einer Konferenz, die noch keine Monate zurückliegt, die Parteileitung auf das schärfste einen Antrag abgelehnt hat, wonach in der Parteipresse die Koalitionsfrage vorbereitet behandelt werden sollte.

Nicht minder interessant ist die Tatsache, daß der Parteivorstand Otto Wels in der Nummer der „Neuen Zeit“ vom 16. September ausdrücklich erklärt hat, daß mit Stinnes und mit jener Gruppe, die seinen Spuren folgt, die deutsche Sozialdemokratie nicht zusammen in einer Regierung arbeiten könne. Nun hat, nach der Ueberrumpelung der Parteitagmehrheit in Görlich, der Wind vollkommen umgeschlagen. Jetzt wird bereits in rechtssozialistischen Blättern der Boden für eine Verständigung mit der Stinnesgruppe vorbereitet, da Stinnes und seine Leute aus geschäftlichen Rücksichten jedem Putschismus abhold seien und deshalb zu einer Verständigung auf dem Boden der Republik bereit sein müßten.

Trotz seiner wohlwollenden Stellung in der Koalitionsfrage befürchtet das „Hamburger Echo“ von den Vorgängen des Görlicher Parteitages schwere Gefahren für die Partei. Es habe, schreibt es, vor dem parlamentarischen Kulissenpiel, das in der plötzlichen Schwendung des Parteivorstandes sich jetzt enthüllt, schon vor geraumer Zeit eindringlich gewarnt. Schon im Frühjahr, als infolge dieses Kulissenspiels die Koalitionspolitik in Preußen so heillos verfahren wurde, daß schließlich die sozialdemokratischen Minister sich plötzlich ausgeschliffen sahen, habe es gefordert, daß eine von vornherein offen und ehrlich betriebene Politik Ähnliches für die Zukunft verhindern müsse. Nun verlangt das „Hamburger Echo“, daß „ungefähr darüber Aufklärung gegeben werde, wie der Görlicher Koalitionsbeschluß in seiner nächsten Auswirkung praktisch Gestalt gewinnen soll“. Den Freunden der Koalition mit der Deutschen Volkspartei trüben sich anscheinend schon jetzt die Haare angesichts der katastrophalen Ergebnisse, die das lächerliche Spiel der rechtssozialistischen Kulissenspieler in Görlich gezeigt hat.

Auch einer der Hauptbeteiligten bei dieser Kulissenspielerlei, Franz Krüger, ergreift nun das Wort, um den Görlicher Beschluß auszulügen. In der gestrigen Abendausgabe des „Vorwärts“ erklärt er frank und frei, daß die rechtssozialistische Partei nicht im geringsten umgelernt habe. Der Görlicher Beschluß sei vielmehr die „konsequente Fortsetzung“ der bisher nach dem Casseler Parteitag verfolgten Politik. Wenn man sich dessen erinnert, daß gerade von den Befürwortern des Görlicher Beschlusses darauf hingewiesen wurde, daß die Partei sich von den Bindungen des Casseler Beschlusses, der die Koalition mit der Deutschen Volkspartei untersagte, freimachen müsse, so bekommt man eine Vorstellung davon, was der Berliner Parteivorstand Franz Krüger unter „Konsequenz“ versteht. Es kommt aber noch schöner. Nach der Auslegung Franz Krügers bedeutet der Görlicher Beschluß in erster Linie auch eine Aufforderung an die Unabhängigen, in einer Koalition mitzuarbeiten, und der bedeutet weiter, daß auch die Kommunisten aufgefordert werden, eine Kampfes- oder Regierungskoalition einzugehen, wenn sie an der Durchführung des aufgestellten Mindestprogramms ehrlich mitarbeiten wollen. Diesen Unsinn zu widerlegen, erübrigt sich wohl. Die Auslegungslinien Franz Krügers zeigen nicht nur seine tödliche Verlogenheit, sie beweisen auch, daß ihm der Sinn dafür abgeht, wie unendlich lächerlich er sich und seine Partei durch seine Phrasen macht.

Es wäre schlimm bestellt um die rechtssozialistische Partei, wenn diese Stimmen die einzigen wären, die sich Geltung verschaffen. Glücklicherweise ist das nicht der Fall. Trotz der Uebermacht der Parteibureaucratie, die es zuwege brachte, daß die große Mehrheit der Parteitagdelegierten, trotz offenkundiger Ueberrumpelung, einschwenkten wie die Unteroffiziere, macht sich schon jetzt, soweit die Presse selbständig zu den Vorgängen Stellung nimmt, ein heftiges Grollen gegenüber dem Görlicher Beschluß bemerkbar. Bezeichnend ist die Stellungnahme der „Chemnitzer Volksstimme“, die den linken Flügel der Partei vertritt. Sie schreibt in ihrer Mittwochausgabe:

„Das Experiment von Görlich, so gefährdend es ist und so sehr wir es ablehnen, wird eben nie mehr sein — als ein Experiment. Wir wollen mit einem einzigen Satz hart und scharf feststellen: Die Partei der Stinnes und Stresemann, die ausgerechnet jetzt in Sachen 60.000 Metallarbeiter aussperrt und weitere hunderttausend auf die Straße zu werfen bereit ist, diese Partei des ausgeprägtesten Kapitalismus, die selbst im Kampf um geringfügige Lohnforderungen rücksichtslos ihren Herrenstandpunkt vertritt und von ihren enormen Gewinnen nicht ein Zota zu opfern bereit ist, wird nie und nimmer in ihrer jetzigen Zusammenfassung die Forderungen annehmen, die der Parteitag für eine Koalition gestellt hat. Was notwendig gewesen wäre und was die deutsche Arbeiterklasse von dem Görlicher Parteitag erhofft hat und was schmerzhaft in der Linie der von uns aufgezeigten Entwicklung gelegen hätte, das war die schnelle Zusammenfassung aller Kräfte der deutschen Arbeiterklasse, ausgedrückt in der Einigung mit den Unabhängigen und Schaffung einer Arbeitsgemeinschaft mit ihnen. Wir fürchten, daß die mit so viel Hoffnungen begabte Entwicklung der jüngsten Zeit in dieser Hinsicht einen schweren Schlag erleiden wird.“

Die Entschiedenheit des Parteitages, die die Forderungen der Resolution als Mindestforderung bezeichnet, ist nach den Ausführungen Scheidemanns eine Parole auf Sicht. Sie stößt die Türen auf, durch die jene Teile des Bürgertums einmarschieren lassen, die mit uns gemeinsam am Schutze der Republik und der Durchdringung des Reiches mit republikanischem Geist mitarbeiten wollen. Wir wissen heute schon; die Gruppe Stresemann-Stinnes wird durch diese Tür nicht eintreten. Wenn sie es tut, wird sie eine Waage vorgebunden haben und wir werden nachher die Betrogenen sein.

Die Kämpfe der nächsten Monate, wo die deutsche Arbeiterklasse von Leben und Ertrinken kämpfen muß, werden beweisen, wer den richtigen Ring in der Fackel trägt. Uns aber gibt auch diese Entscheidung neuen Ansporn, nun erst recht die Einigung der Arbeiterklasse als höchstes Ziel aufzustellen und anzustreben.

Wir geben uns keineswegs der Illusion hin, daß dieser Auf der „Chemnitzer Volksstimme“ zunächst ein starkes Echo in der Gesamtpartei werden wird. Zu stark ist der Druck der Parteibureaucratie, als daß die Opposition sich sehr schnell Geltung verschaffen können. Aber die Richtung der Entwicklung ist sicherlich in dem vorstehend wiedergegebenen Artikel richtig gezeichnet. Nach wenigen

Monaten werden auch die breiten Massen der rechtssozialistischen Arbeiterschaft erkennen, wie verhängnisvoll die jetzt in Görlich vorgenommene Schwendung auf die gesamte Politik der deutschen Arbeiterklasse eingewirkt hat.

Der Parteitag der Rechtssozialisten

Drahtmeldung unseres Korrespondenten

Görlich, 23. September.

Die Freitagmorgensitzung brachte die Debatte über das Referat Müller über die Wirkungen des Verfallers Vertrages. Der Oberstleutnant Dowski, der Saarbrücker Heugel und der Kreisler vorerst brachten Klagen aus den belehnten Gebieten vor und verführten unter lebhaftem Beifall, daß die Arbeiterschaft in diesen Gebieten trotz aller Bedrückung und aller Leiden der Franzosen, trotz des Vorworts wirtschaftlicher Vorteile der deutschen Republik treu bleiben würden.

Am weiteren Verlaufe der Debatte kam es zu einem Zwischenfall Heilmann. Ein Bremer Delegierter entäußerte sich über den Artikel der sozialistischen Korrespondenz, in dem von einem bürgerlichen Habitus und von bürgerlichen Gedanken des Parteitages gesprochen wird. Er wandte sich heftig dagegen, daß man sechs Richtungen in der Partei konstruieren wolle. Heilmann erklärte darauf in einer persönlichen Bemerkung, daß er jenen Artikel, der in seiner Abwesenheit von Berlin erschienen ist, nicht geschrieben habe und ihn auch nicht billige; er könne keine Verantwortung für seine Korrespondenz während seiner Abwesenheit auf dem Parteitag übernehmen. Die Debatte wurde dann mit einem Schlußwort Müllers, das nichts Neues mehr brachte, abgeschlossen und die Resolution Müller, die die Revision des Verfallers Vertrages und vor allen Dingen die schnelle Aufhebung der Sanktionen fordert, einstimmig angenommen.

Darauf folgte die Beratung des von der Programmkommission vorgelegten Entwurfs für ein neues Programm. Loeb berichtete, daß in der Kommission der Entwurf mit allen gegen zwei Stimmen angenommen worden sei. Er lehnte sich an das Erfurter Programm an, und man habe bedauert, daß es nicht möglich war, dabei auch den Schöpfer des Erfurter Programms, Karl Kautsky, teilzunehmen zu lassen. Seit dem Erfurter Programm sind wir aber 30 Jahre vorgegangen in der wirtschaftlichen Entwicklung und in unseren Erkenntnissen. Wir müssen an die praktische Beweiskraft der Dinge herangehen, müssen positiv arbeiten, während wir damals dauernd in der Opposition waren. Aber wir sind bei allem die alte Partei geblieben. Wir richten unseren Appell im Programm nicht nur an die Lohnarbeiter allein, sondern wir wenden uns an das arbeitende Volk im weitesten Sinne des Wortes. Wir werden den zweiten Teil durch Aktionsprogramme ergänzen müssen, wie das ja auch mit dem Erfurter Programm mehrfach geschehen ist. Wir sind die ersten, die lernen und besser wollen. Wir leben in einer Periode größter Umwälzung und sind deshalb überzeugt, daß dieses Programm nicht 20 Jahre gelten wird. Aber wir lehnen es auch ab, Konjunkturprogramme zu machen, wie es die Unabhängigen mit ihrem Vierziger Aktionsprogramm getan haben.

Die Debatte über den Entwurf, die am Nachmittag einsetzte, gewann sogleich ziemliche Lebendigkeit durch die Kritik Ströbels, der als erster Redner die nochmalige Verschiebung der Entscheidung forderte. Bemerkenswert war, daß der Parteitag 1911 längere Redeweise verweigerte, die C. E. S. (Breslau) mit der Begründung beantragt hatte, daß Ströbel einer von den beiden gewunden sei, die den Entwurf in der Kommission ablehnten. Der Parteitag beschränkte sich darauf, die Redeweise auf 20 Minuten zu verlängern. Ströbel warf dem Entwurf Ideenlosigkeit und Charakterlosigkeit vor, nannte ihn ein Vermischungsprodukt und behauptete ihn völligen Verlangens in den wichtigsten wirtschaftlichen Fragen. Namentlich wolle er keinen Weg zur Durchführung der Sozialisierung. Die Gemeinwirtschaft, von der er spreche, sei eben nicht Sozialisierung, sondern etwa der Regelung der Eisen- und Kohlenwirtschaft, wie wir sie jetzt haben, gleichzusetzen. Ströbel griff dann auch indirekt den Beschluß in Sachen der Regierungsabstimmung an, indem er erklärte, der Bülowblock sei fernerzeit eine Paarung zwischen Kaninchen und Korpis genannt worden; das sei eine Paarung zwischen der bürgerlichen Linken mit der bürgerlichen Rechten gewesen. Es sei schwer zu sagen, wie man eine Paarung zwischen der Schwerindustrie und der Sozialdemokratie bezeichnen solle, wenn schon der Bülowblock fernerzeit als eine politische Verwerfung empfunden worden sei. Ströbel hatte, als er zum Schluß dringend die Verschiebung der Entscheidung forderte, den Beifall eines nicht unerheblichen Teiles des Parteitages.

Stampfer trat ihm in der bei ihm gemachten höflichen Form, aber mit ironischer Ueberlegenheit entgegen. Er dankte für die Kritik Ströbels, warte aber dankbarer gewesen, wenn er in der Kommission den Rat erteilt hätte, was an Stelle des Kritikerten zu setzen sei. Er habe nur Schlagworten geäußert und keinen positiven Rat. Stampfer meint, wenn man Sozialisierungsrezepte geben wolle, so gerate man in die Gefahr eines neuen Utopismus. Wie groß diese Gefahr sei, zeige das bolschewistische Experiment in Rußland. Er bestreite, daß unter Gemeinwirtschaft nicht die Sozialisierung zu verstehen sei. Darüber sei man sich in der Kommission mit Ausnahme von Ströbel einig gewesen, daß die Gemeinwirtschaft eben die Sozialisierung darstelle. Unverständlich ist, weshalb man dann in dem Programmentwurf den neuen Ausdruck wählte, anstatt deutlich herauszulagen, was man wolle. Gegen den Vergleich der kommenden Regierungsabstimmung mit dem Bülowblock wandte Stampfer ein, der Unterfahd sei der, daß damals, 1907, die Sozialdemokratie niedergedrückt werden sollte. Heute, erklärte er stolz, reiten wir und rufen diejenigen auf, mit uns zu kommen, die mit uns die Republik verteidigen wollen. Unsere Beauftragten werden stark genug sein, um einen Mißbrauch dieser Koalition zu verhindern. Stampfer bezeichnete es dann als eine bedauerliche Enttäuschung, daß dieses Programm die Abkehrung der Stellung der Sozialdemokratie zum Staate ausdresse. Da die Sozialdemokratie die Republik behabe, behabe sie auch den Staat. Das ist nach Stampfer merkwürdigerweise eine große, bedeutende Abkehrung in der Diktung der Arbeiterpartei, obgleich nicht einzusehen ist, inwiefern nicht schon im alten Erfurter Programm Forderungen an den Staat gestellt worden sind, wie das in dem neuen Entwurf auch geschieht. Zum Schluß wurde Stampfer poetisch. Eine feinsinnigende Frau habe in der Kommission erklärt, mit der Annahme des neuen Programms und mit der Aufgabe des Erfurter Programms nehme die Sozialdemokratie von ihrer Jugend Abschied. Das greife allen ans Herz, doch es sei notwendig; aber die Begeisterung der Jugend bleibe der Partei erhalten und die Wärme und geklärte Begeisterung der Alten werde die Jugend nicht entbehren können. Unter starkem Beifall der Mehrheit empfiehlt er die einstimmige Annahme des Programmentwurfes.

Markwald (Frankfurt a. M.) erklärt, das Programm werde in dem unangünstigsten Zeitpunkt gemacht. Vor acht Tagen war der „Vorwärts“ noch der Meinung, daß die Einigung mit der U. S. P. D. das wichtigste sei. Durch dieses Programm wird der Vereinigung nicht Vorhand geleistet. Der wirtschaftliche Teil ist unvollkommen, und es ist ganz falsch, Ströbel utopische Reaktionen vorzumerken. Der Vergleich mit Rußland ist durchaus unerlaubt. Gerade in der Kommission wurde Volksabstimmung für die Auflösung des Parlaments verlangt. Das hat man abgelehnt, weil man kein Vertrauen zum Volk hat. Auch hat man sich dagegen gewandt, den Soldaten alle politischen Rechte zu geben, die ihnen jetzt entzogen worden sind. Grundfalsch lehnte Markwald an dem Entwurf aus, daß der Klassenkampfgedanke nicht genug in den Vordergrund gerückt sei. Man habe eine verschwommene Formulierung vorgezogen, weshalb werde man in den Massen keinen Widerhall finden. Markwald findet nur teilweisen Beifall.

Inzwischen ist die Vorstandswahl erfolgt. Sie ergibt die Wiederwahl des alten Vorstandes; die von der Kommission vorgeschlagenen Kandidaten Ströbel und Markwald haben nur eine nicht zureichende Stimmenzahl erhalten. In durchaus persönlicher Weise wendet sich Adolf Braun gegen die Kritiker des Entwurfs. Markwald wirft er vor, er habe kein Verantwortlichkeitsgefühl, man könne ihn nur bei der

Kritik, nicht beim Aufbau gebrauchen. Mit seinen herablassenden Worten über die Koalition mit der Volkspartei könne er vielleicht die Programmkommission ärzgen, aber nicht die Republik sichern. Ströbel habe immer noch den guten Ton aus der U. S. P. konterviert, trotzdem werde der unabhängige Krispien immer noch geschmeit sein, als wir und Ströbel. Braun gibt dann selbst eine Probe des guten Tonos der U. S. P. D., indem er während von der Klingelherlei der U. S. P. spricht.

Bernstein erklärt, daß dieser Programmentwurf keine Uebernahme vom Marxismus sei. Der Marxismus sei vielmehr Allgemeines der Programmverfallers. Es könne sich höchstens um Differenzen bei der Anwendung des Marxismus handeln. Das Programm sei auch nicht eine Wand gegen die Einigung mit der U. S. P. Was uns trennt, erklärt Bernstein, ist nicht ein Programm, sondern die Politik. Wenn wir darüber zur Verständigung gelangen, dann kommt die Einigung selber. Dann wird ein Programm nicht verhindern. Uebrigens hat die U. S. P. selbst ein Aktionsprogramm aufgestellt, das sich sehr weit von den Grundzügen des Erfurter Programms entferne. Wir hoffen, daß die Verständigung mit der U. S. P. kommt, aber wir haben doch auch Rücksicht auf den Kampf der eigenen Partei und auf unsere Bedürfnisse zu nehmen. Er wendet sich gegen Ströbels Behauptung nach einer genauen Darlegung des Weges zur Sozialisierung; in das Programm könne man nur den Begriff nehmen.

Dr. David sagt, die Wirklichkeit sei so kompliziert, daß die Schaffung eines wissenschaftlichen Programms eine große Schwierigkeit sei. Es gibt viel mehr Probleme als Wahrheiten; sobald man dogmatisch wird, stellt man sich auf den Boden eines Glaubensbekenntnisses und verläßt die Wissenschaft. Diese Zeiten sind für die Sozialdemokratie vorbei.

Ein Schlußantrag wird angenommen, und Löbe hält ein kurzes Schlußwort, in dem er sich gegen die Kritiker des Entwurfs wendet und fordert, daß er um der Autorität des Programms willen, entweder einstimmig oder mit übergroßer Mehrheit angenommen werde. Die Abstimmung ergibt, die Annahme mit allen gegen 5 Stimmen, (Lebhafter Beifall.)

Keine Sozialisierung des Kaliberbaues

Der unabhängige Antrag abgelehnt

In der Freitagssitzung des Reichstages wurden zuerst die Sachverständigen des Reichstages gehört. Unfreiwillig mußte der Vertreter der Unternehmer, Geheimrat Kempner, zugeben, daß auch nach der Annahme des von der Regierung vorgelegten Gesetzes die wüste Spekulation in der Rüstindustrie nicht aufhören würde. Der Vertreter der Arbeiter, Kalle, meinte, die stillgelegten Werke würden später sogar höhere Gewinne erzielen als die arbeitenden Werke. Schon jetzt seien erhebliche Ausschüttungen in den Aktien der stillgelegten Werke zu beobachten. Unter lebhaften Hör-Hör-Rufen der Linken des Ausschusses stellt er sodann mit, daß trotz der zehnjährigen Dauer des Krieges die arbeitlos gewordenen Arbeiter auch nach nicht in einem einzigen Falle die gesetzlich vorgeschriebene Entschädigung gezahlt worden sei. Den Arbeitsvertritten des Kaliberbaues werde auch die Einkünfte in die Abrechnungen vorklagt. Der Vertreter der Landwirtschaft, Dr. Cuthof, erklärte, daß insbesondere die fortwährende Erhöhung der Preise für Kali und der Frachtkosten den Rückgang der Abnahme veranlaßten. Es sei möglich, den Verbrauch zu vermindern, wenn diese Hemmnisse beseitigt werden.

Abg. Dymann (U. S. P. D.) legte sodann dar, daß an der ungünstigen Lage in der Rüstindustrie hauptsächlich die Auswüchse der kapitalistischen Spekulation schuld seien. Das Gesetz der Regierung beseitige diese ungesunde Ursache nicht. Im Gegenteil, es lasse sie bestehen, obwohl doch gerade die jetzigen Erfahrungen die Notwendigkeit der Sozialisierung des Kaliberbaues deutlich gezeigt hätten. Er halte die Sozialisierung auch für sofort durchführbar. Nur in Anbetracht der Notwendigkeit der schnellen Regelung begnüge sich die Unabhängige Fraktion mit dem folgenden Antrag:

Die Reichsregierung zu ersuchen, an Stelle des vorliegenden Entwurfs einer Verordnung über die Abänderung der Vorschriften zur Durchführung des Gesetzes über die Regelung der Rüstwirtschaft eine gemeinwirtschaftliche Regelung vorzuschlagen. Die Produktion ist dabei nach rein gemeinwirtschaftlichen Grundzügen zu organisieren. Das Eigentum an diesen Bodenschätzen und die Führung des Betriebes ist auf einen Gemeinwirtschaftsleiter zu übertragen. Die Abfahrtsorganisation dagegen ist gemeinwirtschaftlich zu konstruieren mit überwiegender Beteiligung der Allgemeinheit.

Der jetzige Vorschlag der Regierung betweht nur die Errichtung eines privaten, kapitalistischen Monopols, durch das die großen Gefahren für die Volkswirtschaft, die Arbeiter und Angestellten, sowie die Verbraucher, die sich aus der jetzigen Desorganisation der Rüstwirtschaft ergeben, nicht beseitigt werden.

Dem Entwurf der Reichsregierung ist das Sondernotum II der Sozialisationskommission zuzugestimmt zu legen.

Abg. Hue (Soz.) äußerte ebenfalls gegen die Regierungsvorlage schwere Bedenken und erklärte, ihr nicht eher zustimmen zu können, ehe er sich nicht mit seiner Fraktion beraten habe. In der Abstimmung wurde ein Antrag der Unabhängigen mit 11 Stimmen gegen 10 Stimmen abgelehnt.

Ausschneiden!

Druckfache
 2m die
 Samstagsausgabe der „Freiheit“
 Berlin 62
 Breite Straße 8-9



Theater und Vergnügungen

Volksbühne
 Forestally, der Jugendvolksbühne:
 11 Uhr: Der Bauer als Millionär
 7 1/2 Uhr: Die lange Jule

Neues Volkstheater
 Lindenstr. 68.
 7 1/2 Uhr:
Der Schrei nach Ruhe

Staatstheater.
 Opernhaus
 7 1/2 u.: Cavalleria rusticana
 Bajazz

Deutsches Theater
 7 1/2 Uhr: Koan
Kammerspiele
 7 1/2 Uhr: Die Jungfern
 von Wischhofenberg

Großes Schauspielhaus
 Karfreitag
 1 Uhr: Die Weber
 (Auser Abonnement)

Wallner-Theater
 Täglich 7.30 Uhr:
Nixchen

Königgräber Str.:
 Seit 7.30 Uhr: Die
Fahrt ins Blaue
 (Möhner, Schach, Engl,
 Weipmann, Sieba, Hoff)
 Sig.: Die Fahrt ins Blaue
 (Hörner, Salans, Mäke)
 Alle dem Gewer spielen

Romödienhaus:
 Täglich 7.30 Uhr:
Max Pallenberg
Hans Waßmann
 Zu neuen Vorlesern-Schwenk
Jonny
Busenfreund

Berliner Theater:
 Täglich 7.30 Uhr:
Prinzessin
Olala

von Veronika und Schwaner
 Musik von
Jean Gilbert
 Hauptdarsteller:
Fritzi Raffary a. G.
Alph Arthur Roberts
Wipi Jampa, Herbert Ripper

Reizend-Theater
 Olga Limberg, Kaiser - Titz
 in **Der König** (Lo rol)

Stramon-Theater
 8 Uhr: Ida Wäpfi in
Die große Leidenschaft

Kleines Theater
 1/2, 8 Uhr: Carola Toebe in
Frl. Josette — meine Frau

Komische Oper
 7 1/2 Uhr Die 7 1/2 Uhr
Strohwitwe
 Operette von Leo Bloch

Theater
 am Rollendorfsplatz
 8 Uhr:
Der Vetter aus Dingsda

Waltalla-Theater
 7.30 Uhr:
Die schöne Helena

Rose-Theater
 8 Uhr:
Die zärtlichen Verwandten

Casino-Theater
 7 1/2, **Erzelenz Mager**
 Sonntag 3 1/2: Mittelklasse

Theater a. Kolbus Tor
 3 u.: M. Schulmeister
 Täglich 7 1/2, 11 Uhr und
 Sonntag nachm. 3 1/2.
Frühling-Konzert
Mitte-Sänger
 Versk. 11-12, u. 4-6

Apollotheater
 Friedrichstraße 216
Internationales
Varieté-Programm
Auslands-Sensationen

11 Schlager
 Behrenstraße 54.
 8 Uhr:
11 Schlager

Circus
Taraselli
 Bahnhof Friedridistr.
Vorstellung
 Heute u. u. u. u.

CIRCUS BUSCH
 Täglich abds. 7 1/2 Uhr
 Nicht 3 1/2, sondern
3 Uhr
 beginnt jetzt die
 Nachmittags-Vorstellung.
 im Circus Busch in Rücksicht
 auf die umwohnende
Erwählungs-Programm
 mit leinen großen
 Circus - Sensationen
 Stg. nachm. 1 Uhr frei



Trotz Preissteigerung, alte Preise!
Sakko-Anzüge beste Verarbeitung, a. Cheviot, Kam-
 garo, mit u. ohne Umschlaghose, auf Leinwand u. Roßhaar
 M. 375,-, 450,-, 550,-, 650,-, 750,-, 850,-, 950,-
Ullster, Raglan- u. Schöpfer-Form, a. modisch. Stoffen,
 in den neuesten Farben, beste Verarbeitung
 M. 430,-, 530,-, 675,-, 815,-, 1050,-
M. Schulmeister
 Kottbuser Tor Herren- u. Knaben-
 Konfektionshaus

Soban erschienen!
Rosa Luxemburg
Karl Liebknecht
Leo Jogiches
 Ihre Bedeutung
 für die deutsche
 Sozialdemokratie
 Eine Skizze von
Karl Kaufsky
Preis 2.00 Mark
 Buchhandlung „Freiheit“ / Berlin C2
 Breite Str. 8-9

Kapital
Gold, Silber (Bruch)
 Platin, Zahngelasse (Zahn 10-100 Merk)
 Ankauf zum Auslandskurs
Kurt Kehlert, Berlin
 Lothringer Straße 34

Neue Haut
 erzielt man schmerzlos,
 unmerklich für die Um-
 gebung durch die echte
Vater-Philipp-Schür-
 kur & 9 M. - am Tutofen-
 Laboratorium, Dresden-Zachwitz 147, schält Pickel, Mitesser,
 Sommersprossen, Hautunreinigkeiten usw. ab, läßt sonstige
 junge Haut zum Vorschein kommen. Erhältlich in Elefantear-
 apotheke, Leipziger Straße, und Drogerien Bastianstraße 2, Fah-
 marstraße 3, Reinickendorfer Straße 119, Charlottenstraße 70,
 Fankow, Prinstraße 6.

Danksagung
 Allen Verwandten, Bekan-
 nten, Parteigenossen, den
 M.M.C. „Solidarität“ und
 den Hausbewohnern für
 ihre Teilnahme, sowie
 den Rednern, den Herren
 Dr. Homol und Kappeler,
 für die wertvollen Worte
 anlässlich der Einweihung
 des Schrittziers
Gustav Zimmermann
 herzlichsten Dank.
Hans Zimmermann
 geb. Schütz
 nebst Kindern.

Deutscher
Metallarbeiter-Verband
 Verwaltungsbüro Berlin.
Todesanzeige
 Den Kollegen zur Nach-
 richt, daß folgende Mit-
 glieder gestorben sind:
 Der Arbeiter
Karl Schiebener
 Reichendorferstr. 43, Eich-
 hofstr. 46, am 30. Sept.
 Die Beerdigung findet
 am Sonntag, den 24.
 Sept. nachm. 3 Uhr, von
 der Leichenhalle des
 Feuerbestattungshaus in
 Reichendorferstr. 43, am
 11. u. 12. u. 13. u. 14. u.
 15. u. 16. u. 17. u. 18. u.
 19. u. 20. u. 21. u. 22. u.
 23. u. 24. u. 25. u. 26. u.
 27. u. 28. u. 29. u. 30. u.
 1. u. 2. u. 3. u. 4. u. 5. u.
 6. u. 7. u. 8. u. 9. u. 10. u.
 11. u. 12. u. 13. u. 14. u.
 15. u. 16. u. 17. u. 18. u.
 19. u. 20. u. 21. u. 22. u.
 23. u. 24. u. 25. u. 26. u.
 27. u. 28. u. 29. u. 30. u.
 1. u. 2. u. 3. u. 4. u. 5. u.
 6. u. 7. u. 8. u. 9. u. 10. u.
 11. u. 12. u. 13. u. 14. u.
 15. u. 16. u. 17. u. 18. u.
 19. u. 20. u. 21. u. 22. u.
 23. u. 24. u. 25. u. 26. u.
 27. u. 28. u. 29. u. 30. u.
 1. u. 2. u. 3. u. 4. u. 5. u.
 6. u. 7. u. 8. u. 9. u. 10. u.
 11. u. 12. u. 13. u. 14. u.
 15. u. 16. u. 17. u. 18. u.
 19. u. 20. u. 21. u. 22. u.
 23. u. 24. u. 25. u. 26. u.
 27. u. 28. u. 29. u. 30. u.
 1. u. 2. u. 3. u. 4. u. 5. u.
 6. u. 7. u. 8. u. 9. u. 10. u.
 11. u. 12. u. 13. u. 14. u.
 15. u. 16. u. 17. u. 18. u.
 19. u. 20. u. 21. u. 22. u.
 23. u. 24. u. 25. u. 26. u.
 27. u. 28. u. 29. u. 30. u.
 1. u. 2. u. 3. u. 4. u. 5. u.
 6. u. 7. u. 8. u. 9. u. 10. u.
 11. u. 12. u. 13. u. 14. u.
 15. u. 16. u. 17. u. 18. u.
 19. u. 20. u. 21. u. 22. u.
 23. u. 24. u. 25. u. 26. u.
 27. u. 28. u. 29. u. 30. u.
 1. u. 2. u. 3. u. 4. u. 5. u.
 6. u. 7. u. 8. u. 9. u. 10. u.
 11. u. 12. u. 13. u. 14. u.
 15. u. 16. u. 17. u. 18. u.
 19. u. 20. u. 21. u. 22. u.
 23. u. 24. u. 25. u. 26. u.
 27. u. 28. u. 29. u. 30. u.
 1. u. 2. u. 3. u. 4. u. 5. u.
 6. u. 7. u. 8. u. 9. u. 10. u.
 11. u. 12. u. 13. u. 14. u.
 15. u. 16. u. 17. u. 18. u.
 19. u. 20. u. 21. u. 22. u.
 23. u. 24. u. 25. u. 26. u.
 27. u. 28. u. 29. u. 30. u.
 1. u. 2. u. 3. u. 4. u. 5. u.
 6. u. 7. u. 8. u. 9. u. 10. u.
 11. u. 12. u. 13. u. 14. u.
 15. u. 16. u. 17. u. 18. u.
 19. u. 20. u. 21. u. 22. u.
 23. u. 24. u. 25. u. 26. u.
 27. u. 28. u. 29. u. 30. u.
 1. u. 2. u. 3. u. 4. u. 5. u.
 6. u. 7. u. 8. u. 9. u. 10. u.
 11. u. 12. u. 13. u. 14. u.
 15. u. 16. u. 17. u. 18. u.
 19. u. 20. u. 21. u. 22. u.
 23. u. 24. u. 25. u. 26. u.
 27. u. 28. u. 29. u. 30. u.
 1. u. 2. u. 3. u. 4. u. 5. u.
 6. u. 7. u. 8. u. 9. u. 10. u.
 11. u. 12. u. 13. u. 14. u.
 15. u. 16. u. 17. u. 18. u.
 19. u. 20. u. 21. u. 22. u.
 23. u. 24. u. 25. u. 26. u.
 27. u. 28. u. 29. u. 30. u.
 1. u. 2. u. 3. u. 4. u. 5. u.
 6. u. 7. u. 8. u. 9. u. 10. u.
 11. u. 12. u. 13. u. 14. u.
 15. u. 16. u. 17. u. 18. u.
 19. u. 20. u. 21. u. 22. u.
 23. u. 24. u. 25. u. 26. u.
 27. u. 28. u. 29. u. 30. u.
 1. u. 2. u. 3. u. 4. u. 5. u.
 6. u. 7. u. 8. u. 9. u. 10. u.
 11. u. 12. u. 13. u. 14. u.
 15. u. 16. u. 17. u. 18. u.
 19. u. 20. u. 21. u. 22. u.
 23. u. 24. u. 25. u. 26. u.
 27. u. 28. u. 29. u. 30. u.
 1. u. 2. u. 3. u. 4. u. 5. u.
 6. u. 7. u. 8. u. 9. u. 10. u.
 11. u. 12. u. 13. u. 14. u.
 15. u. 16. u. 17. u. 18. u.
 19. u. 20. u. 21. u. 22. u.
 23. u. 24. u. 25. u. 26. u.
 27. u. 28. u. 29. u. 30. u.
 1. u. 2. u. 3. u. 4. u. 5. u.
 6. u. 7. u. 8. u. 9. u. 10. u.
 11. u. 12. u. 13. u. 14. u.
 15. u. 16. u. 17. u. 18. u.
 19. u. 20. u. 21. u. 22. u.
 23. u. 24. u. 25. u. 26. u.
 27. u. 28. u. 29. u. 30. u.
 1. u. 2. u. 3. u. 4. u. 5. u.
 6. u. 7. u. 8. u. 9. u. 10. u.
 11. u. 12. u. 13. u. 14. u.
 15. u. 16. u. 17. u. 18. u.
 19. u. 20. u. 21. u. 22. u.
 23. u. 24. u. 25. u. 26. u.
 27. u. 28. u. 29. u. 30. u.
 1. u. 2. u. 3. u. 4. u. 5. u.
 6. u. 7. u. 8. u. 9. u. 10. u.
 11. u. 12. u. 13. u. 14. u.
 15. u. 16. u. 17. u. 18. u.
 19. u. 20. u. 21. u. 22. u.
 23. u. 24. u. 25. u. 26. u.
 27. u. 28. u. 29. u. 30. u.
 1. u. 2. u. 3. u. 4. u. 5. u.
 6. u. 7. u. 8. u. 9. u. 10. u.
 11. u. 12. u. 13. u. 14. u.
 15. u. 16. u. 17. u. 18. u.
 19. u. 20. u. 21. u. 22. u.
 23. u. 24. u. 25. u. 26. u.
 27. u. 28. u. 29. u. 30. u.
 1. u. 2. u. 3. u. 4. u. 5. u.
 6. u. 7. u. 8. u. 9. u. 10. u.
 11. u. 12. u. 13. u. 14. u.
 15. u. 16. u. 17. u. 18. u.
 19. u. 20. u. 21. u. 22. u.
 23. u. 24. u. 25. u. 26. u.
 27. u. 28. u. 29. u. 30. u.
 1. u. 2. u. 3. u. 4. u. 5. u.
 6. u. 7. u. 8. u. 9. u. 10. u.
 11. u. 12. u. 13. u. 14. u.
 15. u. 16. u. 17. u. 18. u.
 19. u. 20. u. 21. u. 22. u.
 23. u. 24. u. 25. u. 26. u.
 27. u. 28. u. 29. u. 30. u.
 1. u. 2. u. 3. u. 4. u. 5. u.
 6. u. 7. u. 8. u. 9. u. 10. u.
 11. u. 12. u. 13. u. 14. u.
 15. u. 16. u. 17. u. 18. u.
 19. u. 20. u. 21. u. 22. u.
 23. u. 24. u. 25. u. 26. u.
 27. u. 28. u. 29. u. 30. u.
 1. u. 2. u. 3. u. 4. u. 5. u.
 6. u. 7. u. 8. u. 9. u. 10. u.
 11. u. 12. u. 13. u. 14. u.
 15. u. 16. u. 17. u. 18. u.
 19. u. 20. u. 21. u. 22. u.
 23. u. 24. u. 25. u. 26. u.
 27. u. 28. u. 29. u. 30. u.
 1. u. 2. u. 3. u. 4. u. 5. u.
 6. u. 7. u. 8. u. 9. u. 10. u.
 11. u. 12. u. 13. u. 14. u.
 15. u. 16. u. 17. u. 18. u.
 19. u. 20. u. 21. u. 22. u.
 23. u. 24. u. 25. u. 26. u.
 27. u. 28. u. 29. u. 30. u.
 1. u. 2. u. 3. u. 4. u. 5. u.
 6. u. 7. u. 8. u. 9. u. 10. u.
 11. u. 12. u. 13. u. 14. u.
 15. u. 16. u. 17. u. 18. u.
 19. u. 20. u. 21. u. 22. u.
 23. u. 24. u. 25. u. 26. u.
 27. u. 28. u. 29. u. 30. u.
 1. u. 2. u. 3. u. 4. u. 5. u.
 6. u. 7. u. 8. u. 9. u. 10. u.
 11. u. 12. u. 13. u. 14. u.
 15. u. 16. u. 17. u. 18. u.
 19. u. 20. u. 21. u. 22. u.
 23. u. 24. u. 25. u. 26. u.
 27. u. 28. u. 29. u. 30. u.
 1. u. 2. u. 3. u. 4. u. 5. u.
 6. u. 7. u. 8. u. 9. u. 10. u.
 11. u. 12. u. 13. u. 14. u.
 15. u. 16. u. 17. u. 18. u.
 19. u. 20. u. 21. u. 22. u.
 23. u. 24. u. 25. u. 26. u.
 27. u. 28. u. 29. u. 30. u.
 1. u. 2. u. 3. u. 4. u. 5. u.
 6. u. 7. u. 8. u. 9. u. 10. u.
 11. u. 12. u. 13. u. 14. u.
 15. u. 16. u. 17. u. 18. u.
 19. u. 20. u. 21. u. 22. u.
 23. u. 24. u. 25. u. 26. u.
 27. u. 28. u. 29. u. 30. u.
 1. u. 2. u. 3. u. 4. u. 5. u.
 6. u. 7. u. 8. u. 9. u. 10. u.
 11. u. 12. u. 13. u. 14. u.
 15. u. 16. u. 17. u. 18. u.
 19. u. 20. u. 21. u. 22. u.
 23. u. 24. u. 25. u. 26. u.
 27. u. 28. u. 29. u. 30. u.
 1. u. 2. u. 3. u. 4. u. 5. u.
 6. u. 7. u. 8. u. 9. u. 10. u.
 11. u. 12. u. 13. u. 14. u.
 15. u. 16. u. 17. u. 18. u.
 19. u. 20. u. 21. u. 22. u.
 23. u. 24. u. 25. u. 26. u.
 27. u. 28. u. 29. u. 30. u.
 1. u. 2. u. 3. u. 4. u. 5. u.
 6. u. 7. u. 8. u. 9. u. 10. u.
 11. u. 12. u. 13. u. 14. u.
 15. u. 16. u. 17. u. 18. u.
 19. u. 20. u. 21. u. 22. u.
 23. u. 24. u. 25. u. 26. u.
 27. u. 28. u. 29. u. 30. u.
 1. u. 2. u. 3. u. 4. u. 5. u.
 6. u. 7. u. 8. u. 9. u. 10. u.
 11. u. 12. u. 13. u. 14. u.
 15. u. 16. u. 17. u. 18. u.
 19. u. 20. u. 21. u. 22. u.
 23. u. 24. u. 25. u. 26. u.
 27. u. 28. u. 29. u. 30. u.
 1. u. 2. u. 3. u. 4. u. 5. u.
 6. u. 7. u. 8. u. 9. u. 10. u.
 11. u. 12. u. 13. u. 14. u.
 15. u. 16. u. 17. u. 18. u.
 19. u. 20. u. 21. u. 22. u.
 23. u. 24. u. 25. u. 26. u.
 27. u. 28. u. 29. u. 30. u.
 1. u. 2. u. 3. u. 4. u. 5. u.
 6. u. 7. u. 8. u. 9. u. 10. u.
 11. u. 12. u. 13. u. 14. u.
 15. u. 16. u. 17. u. 18. u.
 19. u. 20. u. 21. u. 22. u.
 23. u. 24. u. 25. u. 26. u.
 27. u. 28. u. 29. u. 30. u.
 1. u. 2. u. 3. u. 4. u. 5. u.
 6. u. 7. u. 8. u. 9. u. 10. u.
 11. u. 12. u. 13. u. 14. u.
 15. u. 16. u. 17. u. 18. u.
 19. u. 20. u. 21. u. 22. u.
 23. u. 24. u. 25. u. 26. u.
 27. u. 28. u. 29. u. 30. u.
 1. u. 2. u. 3. u. 4. u. 5. u.
 6. u. 7. u. 8. u. 9. u. 10. u.
 11. u. 12. u. 13. u. 14. u.
 15. u. 16. u. 17. u. 18. u.
 19. u. 20. u. 21. u. 22. u.
 23. u. 24. u. 25. u. 26. u.
 27. u. 28. u. 29. u. 30. u.
 1. u. 2. u. 3. u. 4. u. 5. u.
 6. u. 7. u. 8. u. 9. u. 10. u.
 11. u. 12. u. 13. u. 14. u.
 15. u. 16. u. 17. u. 18. u.
 19. u. 20. u. 21. u. 22. u.
 23. u. 24. u. 25. u. 26. u.
 27. u. 28. u. 29. u. 30. u.
 1. u. 2. u. 3. u. 4. u. 5. u.
 6. u. 7. u. 8. u. 9. u. 10. u.
 11. u. 12. u. 13. u. 14. u.
 15. u. 16. u. 17. u. 18. u.
 19. u. 20. u. 21. u. 22. u.
 23. u. 24. u. 25. u. 26. u.
 27. u. 28. u. 29. u. 30. u.
 1. u. 2. u. 3. u. 4. u. 5. u.
 6. u. 7. u. 8. u. 9. u. 10. u.
 11. u. 12. u. 13. u. 14. u.
 15. u. 16. u. 17. u. 18. u.
 19. u. 20. u. 21. u. 22. u.
 23. u. 24. u. 25. u. 26. u.
 27. u. 28. u. 29. u. 30. u.
 1. u. 2. u. 3. u. 4. u. 5. u.
 6. u. 7. u. 8. u. 9. u. 10. u.
 11. u. 12. u. 13. u. 14. u.
 15. u. 16. u. 17. u. 18. u.
 19. u. 20. u. 21. u. 22. u.
 23. u. 24. u. 25. u. 26. u.
 27. u. 28. u. 29. u. 30. u.
 1. u. 2. u. 3. u. 4. u. 5. u.
 6. u. 7. u. 8. u. 9. u. 10. u.
 11. u. 12. u. 13. u. 14. u.
 15. u. 16. u. 17. u. 18. u.
 19. u. 20. u. 21. u. 22. u.
 23. u. 24. u. 25. u. 26. u.
 27. u. 28. u. 29. u. 30. u.
 1. u. 2. u. 3. u. 4. u. 5. u.
 6. u. 7. u. 8. u. 9. u. 10. u.
 11. u. 12. u. 13. u. 14. u.
 15. u. 16. u. 17. u. 18. u.
 19. u. 20. u. 21. u. 22. u.
 23. u. 24. u. 25. u. 26. u.
 27. u. 28. u. 29. u. 30. u.
 1. u. 2. u. 3. u. 4. u. 5. u.
 6. u. 7. u. 8. u. 9. u. 10. u.
 11. u. 12. u. 13. u. 14. u.
 15. u. 16. u. 17. u. 18. u.
 19. u. 20. u. 21. u. 22. u.
 23. u. 24. u. 25. u. 26. u.
 27. u. 28. u. 29. u. 30. u.
 1. u. 2. u. 3. u. 4. u. 5. u.
 6. u. 7. u. 8. u. 9. u. 10. u.
 11. u. 12. u. 13. u. 14. u.
 15. u. 16. u. 17. u. 18. u.
 19. u. 20. u. 21. u. 22. u.
 23. u. 24. u. 25. u. 26. u.
 27. u. 28. u. 29. u. 30. u.
 1. u. 2. u. 3. u. 4. u. 5. u.
 6. u. 7. u. 8. u. 9. u. 10. u.
 11. u. 12. u. 13. u. 14. u.
 15. u. 16. u. 17. u. 18. u.
 19. u. 20. u. 21. u. 22. u.
 23. u. 24. u. 25. u. 26. u.
 27. u. 28. u. 29. u. 30. u.
 1. u. 2. u. 3. u. 4. u. 5. u.
 6. u. 7. u. 8. u. 9. u. 10. u.
 11. u. 12. u. 13. u. 14. u.
 15. u. 16. u. 17. u. 18. u.
 19. u. 20. u. 21. u. 22. u.
 23. u. 24. u. 25. u. 26. u.
 27. u. 28. u. 29. u. 30. u.
 1. u. 2. u. 3. u. 4. u. 5. u.
 6. u. 7. u. 8. u. 9. u. 10. u.
 11. u. 12. u. 13. u. 14. u.
 15. u. 16. u. 17. u. 18. u.
 19. u.

Der Königliche Assistent

Unter den Augen des Staatsanwalts

Tag für Tag haben wir Gelegenheit, festzustellen, wie unverfroren die Feinde der Republik sind, selbst wenn sie ihr auf der Tasche liegen. Hier ein besonders reizvoller Beitrag zu diesem Thema in Gestalt eines Dokumentes, das uns ein freundlicher Zufall auf den Tisch weist. Es lautet:

Der Oberstaatsanwalt bei dem Amtsgericht Berlin-Mitte 20, Nr. 1873. 1921 (1903)

NW 52, Alt-Moabit II, den 27. August 1921

In der Ermittlungssache gegen S. werden Ihnen beifolgende Anlagen hiermit zurückgeschickt.

Ich habe den Antragsteller auf den Weg der Privatklage verwiesen.

Auf Anordnung: Schneider, Rgl. Assistent.

Der Königliche Assistent Schneider amüsiert sich sicher königlich über die blöde Republik, die ihn bezahlt und sich zum Dank dafür von ihm und seinesgleichen die frechste und anmaßendste Demonstration seiner königlichen Gefühle gefallen lassen muß.

Wir fragen: muß sie wirklich? Oder wird der Herr Oberstaatsanwalt, in dessen nächster Nähe dieser Anzug sich breitmacht, der Staatsanwalt, den ein feierlicher Dienstkleid zum Schutz der Republik und ihrer Gelese verpflichtet, — wir fragen: wird der Herr Oberstaatsanwalt diesem beschworenen Eid entsprechend handeln, oder wird es in seinem Dienstbereich weiter einen königlichen Assistenten im Sold der Republik geben?

Wir warten auf Antwort, Herr Oberstaatsanwalt! ...

Zehn- bis fünfzehnfache Mietssteigerung

Die Absichten des Bloks der Mitte

Überall fällt die Jugendenschaft, alle wird sie sich auch bei der Wohnungsbeschaffung nicht ausrufen lassen. („Germania“ vom Donnerstag, den 21. September.)

Selten werden so offen wie hier die Absichten der Bürgerlichen offen zugegeben. Die Mieter können an diesem Beispiel erkennen, was ihnen bevorsteht, wenn am 16. Oktober das Bürgerturn fest.

Die letzten Reste des geringen Mieterschutzes sollen fallen, der schrankenlosen Ausweitung der Weg freigemacht werden. Die bekannte Forderung nach zehn- bis fünfzehnfacher Erhöhung der Friedensmieten soll in die Tat umgesetzt werden.

Soll das verhindert werden, muß schon jetzt ein jeder daran mitarbeiten, die der Arbeiterklasse drohenden Gefahren zu beseitigen. Keine Arbeiterstimme darf am 16. Oktober den bürgerlichen Parteien zufallen.

Der Ausgang der Stadtverordnetenwahlen ist entscheidend für die Lebenshaltung der Arbeiterklasse in Berlin. Der Abwehrkampf der U. S. P. D. gegen die Verelendung der Arbeiterklasse erhält seine beste Förderung durch den Sieg der U. S. P. D. bei den Berliner Stadtverordnetenwahlen am 16. Oktober.

Spende der Stadt Berlin für die Opfer von Oppau

Der Oberbürgermeister hat an den Gemeindevorstand Oppau ein nachstehendes Drahing gerichtet:

Die deutschen Städte, an ihrer Spitze die Reichshauptstadt, sind erschüttert vom dem schweren Unglück, das so zahlreiche Opfer der arbeitenden Bevölkerung Ihrer Gemeinde gefordert hat. Mit aufrichtigem Mitgefühl gedenken sie derer, die unerwartet und unerschuldeter Leben und Gesundheit im Kampfe um das Dasein lassen mußten, wie der so plötzlich der Ernährer beraubten Hinterbliebenen. Als Vorsitzender des Deutschen Städtetages und als Oberbürgermeister der Reichshauptstadt spreche ich herzlichsten Beileid aus. Der Berliner Magistrat hat die Bewilligung von 100 000 Mark bei der Stadtverordnetenversammlung zur Einberung der ersten Rat beantragt und hofft, den Betrag schon in den nächsten Tagen überwiesen zu können. S. 85.

Sie wollen diffieren!

In dem Stadtverordnetenausschuss zur Beratung der Satzungen der Verwaltungsakademie der Stadt Berlin gab es gestern einen Diskussionsversuch der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei. Hier zeigte sich wieder einmal deutlich, daß, wenn es nicht nach dem Willen dieser Herren geht, sie einfach nicht mehr mitmachen. Die U. S. P. D. hatte versucht, die Vorlage nach der Richtung hin zu erweitern, daß die Zulassung zum Besuch der Verwaltungsakademie nicht nur Beamten und

Jestangestellten, sondern auch den Hilfskräften ermöglicht wird, und daß für spätere Zeiten die Möglichkeit offengelassen wird, auch die Ausbildung von Ehrenbeamten zu unternehmen. Ein zweiter Antrag ging dahin, neben den Vertretern der Bezirksämter und den Beamten auch der Stadtverordnetenversammlung eine Vertretung im Vorstand des Verwaltungseminars zu gewähren. Nach längerer Diskussion, in der sich die Bürgerlichen heftig gegen diesen Versuch eines bescheidenen Anfangs zur Demokratisierung auch der städtischen Verwaltung wehrten, wurden die beiden Anträge angenommen.

Nun erhoben sich wutentbrannt die Vertreter der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei und erklärten, daß sie an der Weiterberatung kein Interesse hätten. Sie verließen das Sitzungszimmer. Der Ausschuss wurde jedoch nicht beschlußunfähig, da weder der Vertreter der Demokraten noch der des Zentrums dem Beispiel der Rechten folgten. Die Vorlage wurde sodann mit einigen kleinen Abänderungen angenommen.

Zur Gültigkeit der Stadtverordnetenbeschlüsse. Stadtverordnetenvorsteher Dr. Weyl legt Wert auf folgende Feststellung: Die in einer Pressenotiz zum Ausdruck gebrachte Meinung, daß die erforderlich gewordene Wiederholung der Beschlußfassung vom 4. August durch die Stadtverordnetenversammlung auf eine falsche Handhabung der Geschäfte zurückzuführen sei, ist unzutreffend.

Bernau. Die für den kommenden Sonntag von bürgerlicher Seite geplante Demonstration „Oberschlesisches Hilfswerk“ findet nicht statt. Damit erübrigen sich die vom Gewerkschaftsartell und den sozialdemokratischen Parteien geplanten Gegenmaßnahmen. In der letzten Sitzung der Bernauer Stadtverordnetenversammlung richteten die Bürgerlichen eine Anfrage an den Bürgermeister wegen der Vorfälle vom letzten Sonntag. Der Bürgermeister gab hierauf die Erklärung ab, daß es an dem fraglichen Abend besser gewesen sei, daß die Polizei sich einer Aktion enthielt. Außerdem dürfe man nicht vergessen, daß dem Ortsausschuss Bernau für die obererschlesische Hilfe Personen angehört, deren politische Haltung das Mißtrauen der Arbeiterklasse erregt hätte. Diese vernünftige Antwort war für die enttäuschten Bürger das Signal, sich demonstrativ aus der Sitzung zu entfernen.

Malaria im Grunewald

Im Elisabeth-Krankenhaus am Lijow ist an Grunewaldbewohnern Malaria festgestellt worden. Man nahm ursprünglich Lappus an, bis man die Merkmale des Sumpffiebers erkannte. Hervorgehoben ist es durch die Ausdünstungen des Subertussces im Grunewald, der schon längst einer gründlichen Ausbaggerung bedarf. Die Erkrankten sind Kinder, die an dem stagnierenden Wasser gespielt haben. Die Gefahr einer Epidemie ist nicht von der Hand zu weisen.

Wiedereröffnung von Schwimmhallen

Nachdem bereits am 1. d. M. die Bannen- und Brauseabteilungen in der städtischen Volksbadeanstalt in der Gerichtstraße der Berliner Bevölkerung zugänglich gemacht worden sind, werden nunmehr auch, infolge verbesserter Kohlenversorgung, die beiden Schwimmhallen der Anstalt zum 1. Oktober d. J. in Betrieb gesetzt werden. Die Schwimmhallen stehen alsdann beiden Geschlechtern wochentäglich von 12 bis 7 Uhr abends zur Verfügung. Das Eintrittsgeld beträgt für Erwachsene 1,50 M., für Kinder 1 M. Es wird hier auch Schwimmunterricht erteilt, für den Erwachsene 2 M., Kinder 1,50 M. zu zahlen haben. Anmeldung an der Anstaltskasse.

Der Internationale Bund der Kriegsooper und der Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen veranstaltet am Sonntag, den 2. Oktober 1921, eine große Massenkundgebung aller Kriegsooper, vormittags 9 Uhr, in der Schultheiß-, früher Unions-Brauerei, Hasenheide 2/31. Thema: Die gegenwärtige Lage und die Kriegsooper. Die Kundgebung soll eine große Protestdemonstration gegen die Ablehnung der berechtigten Forderung der Kriegsooper durch die Regierung sein.

Friedrich Wilhelm Joerster spricht am 8. Oktober in Berlin-Lankwitz auf der Tagung sozialistischer Lehrer und Erzieher, die die Praxis der in Artikel 148 der Verfassung geforderten Erziehung zur Völkerverständigung grundsätzlich erörtern soll. Außer Professor Joerster sprechen Ludia Stöcker, die Reichstagsabgeordnete Pfaff, Graf Harry Kehler, Ernst Friedrich, Walter Fabian, Siegfried Kaminer, Franz Hilker und Paul Dörsch. Die Tagung ist öffentlich. Eintrittskarten sind erhältlich in Grunewalds Reformhaus, W. 9, Pflanzstraße 30; im Landsgemeindehaus,

Berlin C., Sophienstraße 23/24; im Eichendorffhaus, Berlin W., Charlottenstraße 52; in der Hausrat-Gesellschaft, W. 10, Königin-Augusta-Straße 21, und bei Frau Prof. Behrens, Berlin-Lankwitz, Viktoriastraße.

Einkommen und Auskommen

Das Gerede von der Begehrtheit der Arbeiter wird am Besten durch die Lebensweise derjenigen widerlegt, die sich über Begehrtheit der Arbeiter erheben.

Die Kreise, die im Ueberflus schwelgen, die nicht wissen, wie sie die aus dem Mark des Volkes gelogenen Profite verkleinern sollen, erhalten leider eine Bestrafung durch viele Angestellte und Beamte in gehobener Stellung.

Diese Angestellten und Beamten, die heute selbst unter der gewissenlosen Ausbeutung schwer zu leiden haben, sehen den Wirtschaftskrisen der Arbeiter meistens nicht nur verständnislos gegenüber, sondern verurteilen diese in Verkennung ihrer Klassenlage oftmals. Sie fühlen sich als sogenannter „Mittelstand“ verpflichtet, dem Arbeiter gegenüber eine Kampfstellung einzunehmen. Andererseits scheuen sie sich allerdings nicht, die von den Arbeitern unter großen Opfern erlangten Fortschritte auch für sich nachträglich in Anspruch zu nehmen.

Wie sinnlos das Gerede von den Notwendigkeiten der Arbeiter ist, mühte jenen Kreisen ohne weiteres klar sein. Sie sollten darum nicht das Geschwätz von der Begehrtheit nachplappern, sondern die Forderungen der Arbeiter nachdrücklich unterstützen. Sie verspüren es tagtäglich am eigenen Leibe, daß sie selbst mit höheren Einkommen oftmals nicht in der Lage sind die notwendigen Lebensbedürfnisse zu bestreiten.

Diese Not hat einen der sogar gut bezahlten Mittelständler veranlaßt, in der Nummer 21 des „Friedenauer Volksanzeigers“ folgenden Stoßfussler in einem Eingekandt loszulassen:

Meine Familie besteht aus vier Köpfen. Während meine Frau keinen Beruf hat, ist meine Tochter bis nachmittags 5 Uhr im Bureau beschäftigt. Der 12jährige Sohn besucht das Gymnasium. Ich habe eine Dreizimmerwohnung für 1200 Mark ohne Heizung. Mein Gesamteinkommen beträgt 45 000 Mark. Wie würden Sie unter den gegebenen Verhältnissen mit diesem Einkommen auskommen können?

Er richtet diese Frage an die Hausfrauen und erbittet Ratsschläge von diesen. Wir wissen nicht, ob der Einleider auch zu denen gehört, die sich über die „Kriegseinkommen“ der Arbeiter aufhalten. Aber alle Arbeiter werden das Einkommen dieses Mannes gemessen an ihrem eigenen Einkommen, mit gutem Recht als Kriegseinkommen bezeichnen können. In den meisten Fällen wäre ihre Begehrtheit gestillt, wenn sie nur die Hälfte dieses Einkommens beziehen würden. Tatsächlich beträgt das Einkommen für die meisten Arbeiter allerdings kaum ein Viertel des Betrages.

Mit wieviel größerem Recht können diese fragen, wie sie mit ihrem Einkommen existieren sollen. Wie aber sollen nun die vielen Erwerbslosen und Erwerbsunfähigen ihr Leben fristen? Haben diese nicht ein Recht, begehrtlich zu sein?

Der Verkehr zu den Automobilrennen. Das Polizeipräsidium hat umfangreiche Maßnahmen zur Absperzung der Automobilstraße getroffen. Insgesamt sind 1500 Mann der grünen Polizei hierzu aufgeboden. Das Publikum wird ersucht, unter keinen Umständen die Rennbahn zu betreten. (Somit ist sich um Arbeiter handelt, ist diese Warnung überflüssig, sie würden auch ohne sie einen weiten Bogen um diese neueste Blüte des bürgerlichen Sportimmels machen.)

Zur österreichisch-deutschen Anstaltsbewegung. Der österreichisch-deutsche Volksbund in Berlin wird seinen Wirkungsbereich nicht mehr auf Berlin beschränken. Kürzlich ist die viele tausend Mitglieder zählende deutsch-österreichische Organisation in Essen mit 60 Ortsgruppen als Gauverband Rheinland-Westfalen in den Volksbund eingetreten. Am 16. September wurde in Kiel eine Ortsgruppe gegründet. Weitere Ortsgruppen sind in Hamburg und Breslau im Entstehen begriffen.

Dänische Kakaokübel für notleidende Kinder in Neulöh. Am 21. d. M., nachmittags, wurde in den Räumen der Berliner Kindl-Brauerei in Neulöh, eine dänische Kakaokübel eröffnet, in der täglich 300 bedürftige Kinder mit Milchtao und Milchbrötchen gespeist werden. Der neue Beweis dänischer Hilfsbereitschaft, die wiederum die Not vieler deutscher Kinder lindert, findet allgemein dankbarste Würdigung. Es ist besonders hervorzuheben, daß das dänische Kinderhilfskomitee in diesem Jahre schon mehr als 4500 deutsche Kinder in Dänemark zur Erholung untergebracht und außerdem in besonders notleidende Gebiete Deutschlands reichliche Liebesgaben geschickt hat.

Zeugen gesucht. Der am 28. März 1921, vormittags, mit der Straßenbahnlinie 31 in der Richtung Alexanderplatz nach dem Gartenplatz mitgefahren ist und gesehen hat, wie ein Fahrgast von der Vorderplattform herunterfiel, wird gebeten, seine Adresse an Carl Kassebel, Niederhornhausen, Platzanstr. 1, gelangen zu lassen. Kosten werden vergütet. Es handelt sich darum, einem Bedürftigen zu seinem Recht zu verhelfen.

Felsenbrunner Hof

Von Anna Croissant-Kußt

(78. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

„Wenn ich nur eine rechte Emanzipierte wäre, so wär' ich doch etwas Ganzes und würde mich damit abfinden. Du willst etwas aus mir machen, mit dem ich mich nicht abfinden kann. Ich kann mich nicht programmäßig verloben, nicht programmäßig heiraten, programmäßig glücklich sein, wie Mila.“

„Was do! Flaus! Guad dich doch an! Du bist Scheener wie Mila und bist geschaffe zum Heirate.“

„Mag sein, sogar wahrscheinlich. Aber bitte, zeig mir doch den, für den ich geschaffen, und der für mich geschaffen ist!“

„Wie kann m'r nor so überspannt redde! Da is einer, da kommt einer, und den nehmt m'r. So war's zu meiner Zeit.“

„Und doch, Mutter, hast du schon ganz anders geredet, gerade von dir.“ — Eugenie bereute sofort, daß sie das gesagt hatte, denn ihre Mutter wurde blaurot vor Ingrimm und klopfte während mit dem Fingerhut auf das Fensterbrett, denn sie nähte eben.

„Gud emol do! Was for Redde! E Ideal muß m'r hamwe, natürlich! Des hab ich gemoint, und du Stolze, hochst so e Abenteuerideal! Condottieri, sagt Koff. Reinschte, ich hätt' des nit gemerkt? Wui Taufend, Reinschte haste noch vor dem Dieb, dem Mörder, dem Galgenstrick da drüwe auf'm Felsenbrunner Hof! Do kann m'r sage: „oa, die amerikanische! Schämst de dich nit? Und länger es er aach noch!“

Sprachlos stand Eugenie vor ihrer Mutter, die vor Aufregung aufgestanden war. Dann warf sie den Kopf zurück und verlief ohne Erwiderung das Zimmer.

Frau Thomann war außer sich. So geärgert, von oben herab behandelt und allein hatte sie sich noch nie gefühlt. Die Schwiegertochter brachte alles in ihr in Aufruhr, schon durch ihre bloße Erscheinung; sie fühlte sich so großartig, so wie „famili“ gehörig, daß man ihr nicht einmal im Haus ausweichen konnte! Und ihr Koff ging ohne Bedauern mit

dieser blonden Miß fort, blieb nur Eugenie, die sich kein Wort mehr sagen ließ! Schöne Aussichten!

Liebe Miß Edwards auch ihrerseits die Schwiegermutter gar nicht, so war sie dem alten Thomann um so mehr zugegan. Es ging ihr ähnlich, wie es Helene früher immer gegangen, nur war bei jener der Eindruck härter. Ihr Schwiegervater hatte gar kein bestimmtes Alter für sie, oder sie gab sich keine Rechenschaft darüber, ob er alt oder jung sei. Sie scherzte mit ihm wie mit einem Jungen und redete ernst über wichtige Dinge wie mit einem Alten. Er nahm sie mit Vorliebe mit in die Fabrik und erklärte ihr die kompliziertesten Maschinen und wußte das nicht trocken, sondern so fesselnd und interessant zu machen, daß sie ihm nicht von der Seite wich. Sie hatte ihn und seine karge, verständige, dabei überlegene und humoristische Art ganz besonders gern, ja, sie hätte gewünscht, daß in Koff etwas mehr von seinem Vater steck. Der Vater war lebhaft, rührig, stets auf dem Sprung, stets eilig, wie auf der Flucht und hatte dennoch immer Zeit: Zeit für sie, Zeit zu einem Scherz, Zeit für jeden, der etwas Ernstliches wollte, und immer Zeit zur Arbeit. Ihm konnte sie alles sagen, bei ihm sich geben wie sie war; sie verehrte den alten Mann wirklich und schied ungern von ihm.

Schon stand der Wagen bereit, der sie und Koff zur Station bringen sollte. „Auch e neue Einrichtung, daß Braut und Bräutigam minander reisen.“ — hatte Mama Thomann gebremst — Koff beauftragte eben das Auffchnallen der großen Lederkoffer, als ein Arbeiter eilig quer über den Hof gelaufen kam, um etwas zu melden.

„Das Wasser bleibt aus, die Maschinen stehen, der Felsenbrunner.“ — mehr verstand Miß Edwards nicht. Ihr Schwiegervater stand einen Augenblick mit zusammengepreßten Lippen da, dann sagte er bestimmt: „Du verschiebst deine Abreise für ein paar Tage, Koff, wenn es nötig ist, für länger. Ruth, Sie sehen, es ist Notwendigkeit, wenn ich Ihnen erkläre.“

„Da, brauchen Schie nicht zshu erklären. Wohl, ich verstehe.“

Sie sah, wie er um seine Maschinen zitterte, wie er an ihnen hing, dennoch blieb er ruhig stehen und bat sie: „Bleiben Sie auch noch!“

„Danke! Ich habe telegraphiert. Meine Eltern würden

scheinlich erschrocken. Ich will für Koff abtelegraphieren, nicht?“ Sie reichte dem Schwiegervater die Hand und drückte sie lange und herzlich; dann erst bat sie Koff: „Nieder, deine Koffer! Laß sie abnehmen!“

Ihre Stimme zitterte nicht, wie ihre Hände, die sie Koff vom Wagen herunter entgegensetzte. „Welch' liebe Augen sie machen kann, dachte Eugenie; sie ist traurig und zeigt's nicht, will's nicht zeigen!“

Koff Thomann stand da, biß sich auf die Unterlippe und warf einen verachtungsvollen Blick auf diese Fabrik, die ihm wie eine elende Hütte vorkam, gegen das, was ihn in England erwartete. Wegen dieser dummen und fraglichen Geschichte, die vielleicht in ein paar Stunden wieder repariert war, mußte er nun bleiben, er konnte nichts weiter tun. Er fühlte, daß seine Braut empfand wie sein Vater: Es war selbstverständlich, daß er blieb. Wie waren sie vernünftig! Und doch, während ihn Ruth zurückdrängte, sprachen ihre Augen und ihr Herz:

„Daß du nicht mitkommst!“

„Darling,“ sagte sie ganz leise und bog sich zu ihm herunter.

Aber schon mahnte der Alte. Eugenie küßte Ruth noch schnell, die Pferde zogen an, sie winkte und winkte wieder! — „Das müßt du aber doch bewundern, Mutter.“ konnte Eugenie sich nicht enthalten, zu sagen: „Sie hat sich prächtig voll benommen.“

„Wie e Engländern emwe. Ich kann die Kält' un Ueberlegenheit for de Tod nit leide. So e Getu!“

„Das ist doch kein Getue!“ protestierte Eugenie.

Dies Protestieren brachte die alte Dame erst recht in Harnisch: „Jo, des is e Getu! Und wenn m'r des so macht in England, so machen mir 's annerst, mir sin' Gemitsmensche. England hin, England her, mir sin' die Thomann, an die Edwards können m'r g'stohle werre! Die hot nie geredt wie ihr de Schnabel gewachse is.“

Mama, wenn man das wirklich bei dir versuchen würde, über alles offen zu reden —

„Du schweigst freilich besser, du mit dei'm Felsenbrunner Ideal! Do, gud her, was er gemacht hat!“ schrie Frau Thomann Eugenie an, und deutete auf den Bach am Haus, der ein dünnes Rinnsal geworden.

(Fortsetzung folgt.)

Gewerkschaftliches

Zum Holzarbeiterstreik

Die streikenden Holzarbeiter Berlins nahmen gestern in einer gut besuchten Funktionäerversammlung im Gewerkschaftshaus Stellung zu der augenblicklichen Streiklage. Nicht von der Ortsverwaltung gab einen ausführlichen Bericht, der im wesentlichen mit den Mitteilungen übereinstimmte, die wir unseren Lesern in den letzten Tagen gaben. Freigang unterstrich die Ausführungen und machte einige wesentliche Angaben, die ziemlich deutlich zeigen, daß die Einheitlichkeit der Unternehmer hart ins Wanken gekommen ist. Der Oberscharmacher Paeth steht seine Felle fortzuschwimmen und greift zu den rigorossten Maßnahmen, um zu retten, was zu retten ist. So versucht er neuerdings, die Unternehmer von der Bewilligung der Forderung zurückzuhalten, indem er sagt, daß man nach dem beendigten Streik die allerhöchsten Mittel gegen die Unternehmer anwenden würde, die den Karolen des Arbeitgeberverbandes nicht gefolgt sind. Freigang teilte ferner mit, daß die Streiklage eine wesentliche Verbesserung dadurch erfahren habe, daß ein großer Teil der Kollegen Arbeit nach auswärts angenommen hätte. Horn kritisiert besonders lebhaft die Stellungnahme, die die Schupo Streikenden gegenüber eingenommen hat. Es ist vorgekommen, daß Schupobeamte sich zu direkter Streitarbeit hergegeben haben. Trotz alledem steht der Streik für die Holzarbeiter außerordentlich günstig. Ein Beweis dafür ist auch das Schreiben der Fachgruppe für Kleinstmöbel, in dem die angeschlossenen Unternehmerverbände aufgefordert werden, eine Steigerung der Preise auf alle Möbelstücke von 15 Prozent vorzunehmen. Man kann das als eine Maßnahme ansehen, die im voraus bereits die Mehrkosten der neuen Löhne decken soll. Im weiteren Verlauf der Debatte stellten sich alle Redner auf den Standpunkt der Ortsverwaltung. Auch diese Versammlung war ein weiterer Beweis dafür, daß die Holzarbeiter Berlins gewillt sind, den Streik bis zum Siege durchzuführen, das heißt, die Anerkennung des Reichsmanteltarifs zu erreichen.

Schiedspruch im Gastwirtsgerber

Zu der gestrigen zweiten Verhandlung fällt der Schlichtungsausschuß Groß-Berlin unter dem Vorsitz des Landgerichtsrats Dr. Sello folgenden Schiedspruch: „Die Entlohnung des gastwirtschaftlichen Bedienungspersonals hat in der Weise zu erfolgen, daß neben einem festen Grundgehalt ein prozentualer Anteil vom Umsatz gezahlt wird, der 8 Prozent nicht übersteigen darf. In den Betrieben ist durch Anschläge und durch Vermerk in den Preisverzeichnissen darauf hinzuweisen, daß der Bedienungsaufschlag in sämtlichen Preisen einbezogen und daß dem Bedienungspersonal die Annahme von Trinkgeldern verboten ist.“

Warnung vor „Seemannischen Auskunfts-Bureaus“

Der Deutsche Transportarbeiterverband erläßt folgende Warnung: Die Binnenlandpresse bringt in letzter Zeit wieder häufiger Anzeigen, in denen „Seemannische Auskunfts-Bureaus“ jungen Leuten, die zur See fahren wollen, ihre „Hilfe“ anbieten. Diese teuer bezahlte Hilfe besteht in Adressenvermittlung von Feuerbureaus. Bei der Ueberfüllung des seemannischen Berufs besteht aber für unerfahrene Leute so gut wie gar keine Aussicht, eine Chance zu erwischen. Wer Auskunft wünscht, wende sich unter Befugung von Rückporto an die Reichsabteilung Seeleute im Deutschen Transportarbeiterverband, Hamburg 9, Schaarmarkt 12. Wir warnen nachdrücklich vor folgenden „Auskunfts-Bureaus“: Auskunfts-Bureau Jiegenhorn u. Schulz, Niederlöhnig bei Piesden, Seemannisches Auskunfts-Bureau in Leipzig-Sallern, Gröschelstr. 12, Carl Schulz, Magdeburg, Senff, Berlin-Friedrichshagen, K. Taubert, Schleusingen, W. Schirmer, Stendal, Rathe-

nower Straße, Seemannisches Auskunfts-Bureau, Oppeln i. O. S., Postfach, Bruno Schulz, Berlin N 39, Kantstraße 89 III, Auskunfts-Bureau, Hamburg 36, Schlieffach 112 A, 21, Seemannisches Auskunfts-Bureau, Hamburg-Altona 76, Bahnhofstr. 38, „Deutscher Anker“, Rodesholm, Bez. Kiel, „Seemannsruh“, Auskunftsstelle für Seefahrtsverkehr und Schiffspersonal, Kiel, Seemannisches Auskunfts-Bureau, Greiz i. V., Seemannisches Auskunfts-Bureau, Oberbeuten bei Kaufbeuren. Die Tages- und Gewerkschaftspresse wird um Abdruck ersucht.

U.S.P. Betriebsoblene und Fraktionsführer!

Sofort Werbematerial für „Rote Woche“ im Bureau, Breite Straße 8-9, abholen. Für größere Betriebe empfiehlt es sich, zwei Genossen zu senden. Ausweis mitbringen. Bezirks-Verband Berlin-Brandenburg, U. S. P. D. J. A.: U. Holz.

Rußland- und Georgienhilfe

Bei der Gewerkschaftskommission Berlins und Umgegend gingen ferner folgende Beiträge ein:

Verband der Kaler auf Eiben 2164 M. Deutscher Transportarbeiter-Verband a Konto 3000 M. P. Biele 50 M. Arbeiter der Firma S. Wiesner 2. Rate 50 M. Deutscher Transportarbeiter-Verband a Konto 2300 M. Verband der Eisenarbeiter a Konto 1500 M. Deutscher Holzarbeiter-Verband a Konto 13 000 M. D. D. durch Kapt 180 M. Verband der Eisenarbeiter 2 a Konto 2500 M. Verband der Sattler u. Tapezierer auf Eiben 4000 M. Verband der Kaler a Konto 5000 M. Deutscher Eisenbahner-Verband a Konto 120 000 M. Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter auf Eiben 2. Rate 18 741,20 M. Verband der Tischler u. Tischlergehilfen auf Eiben 6494,50 M. Verband der Schmied- u. Schmiedgehilfen 200 M. Deutscher Eisenbahner-Verband a Konto 5000 M. Deutscher Transportarbeiter-Verband a Konto 3200 M. Verband der Angestellten des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes 1700 M. Deutscher Transportarbeiter-Verband a Konto 2000 M. Verband der Brauerei- und Mälzereiarbeiter a Konto 10 000 M. Verband der Gärtner a Konto 1000 M. Deutscher Bauarbeiter-Verband a Konto 6000 M. Deutscher Schuhmacher-Verband, Jahreshilfe Berlin 15 000 M. Verband der Fleischer a Konto 2000 M. Verband der Schuhmacher a Konto 10 000 M. Deutscher Transportarbeiter-Verband a Konto 4000 M. Gewerkschaftsliste Bernau i. M. 897 M. Deutscher Bedienungsgewerkschafts-Verband a Konto 10 000 M. Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter a Konto, 1. Rate 16 679,35 M. Arbeiter der Firma Wiesner, 1. Rate 50 M. Verband der Zimmerer a Konto 1800 M. Verband der Fabrikarbeiter a Konto Eiben 15 000 M. Arbeitergemeinschaft Groß-Berliner Lazarett 397,50 M. Bezirksauschuß C.-Schiff, durch Abgeordneten Wittenberg 1500 M. Sammlung aller 104 Parteien (U. S. P. D., U. S. V. D., R. V. D.) Königsplatz 1100 M. Kom. Sommerfeld in Ruford der gesamten Arbeiterklasse 180 M. Freie Turnerschaft Hohndorf 50 M. Deutscher Transportarbeiter-Verband a Konto 4000 M. 16. District, Teilerhebung Andrees-Helferle 66 M. Otto Heide 30 M. U. S. P. D., Ortsgruppe Scherwin 76,30 M. 94 M. J. Kefenbaum 500 M. Kinderhilfe Heinefeldstraße 16 25,30 M. Sammelhilfe 2012 200 M. Eibe 5180 125 M. Höhe 3114 1625 M. Höhe 1263 5000 M. August Hinz 20 M. R. R. 100 M. Arbeiter-Sänger-Bund Gau Berlin 4000 M. Verband der Schuhmacher a Konto 10 000 M. Verband der Eisenarbeiter 2 a Konto 1000 M. Verband der Sattler und Tapezierer auf Eiben 6753,50 M. Verband der Eisenarbeiter a Konto 10 000 M. Deutscher Metallarbeiter-Verband a Konto 150 000 M. In Summa 476 505,85 M. Betriebskassier 246 525,10 M. Gesamtsumme 823 030,95 M.

Die Sammelhilfe Nr. 63, 148, 530, 1560, 3722, 4610, 4612, 4904, 5209, 5219, 5674, 8009, 9493, 9499, 13030 und 14093 sind verloren gegangen; wir bitten diese anzuhalten und im Bureau der Gewerkschaftskommission, Engelauer 24-25, I. Zimmer 12-13, abzuliefern. Gelder durch die Post sind an die Adresse Hans Bieweger, Berlin SO. 16, Engelauer 24-25, zu richten.

Lohnbewegung der Landwirtschaftsgärtner. Eine stark besuchte Versammlung der Landwirtschaftsgärtnergruppe im Verband der Gärtner und Gärtnerei-Verband nahm am Mittwochabend im Gewerkschaftshaus Stellung zu den Lohnforderungen. Kollege Auras gab den Situationsbericht und führte u. a. aus, daß die gegenwärtige regere Bautätigkeit und der Herbst naturgemäß für die Landwirtschaftsgärtner eine bessere Konjunktur und vermehrte Beschäftigungsmöglichkeit verspricht. Es sei daher notwendig, an die Aufbesserung der erbärmlichen Löhne in dieser Branche heranzugehen. Die jetzige Entlohnung der Landwirtschaftsgärtner trägt weder der rasend steigenden Teuerung, noch dem Saisoncharakter des Berufes Rechnung. Werden doch noch Stundenlöhne von 5 Mark und darunter gezahlt. Bei diesen niedrigen Löhnen können wir nur notdürftig unser Leben fristen. Kein Beruf steht so schlecht da wie der ungeringe. Angehörte anderer Berufe verdienen mehr als die Gelehrten unseres Berufes. Die Branchen-

leitung wurde beauftragt, neue Forderungen, der Zeit entsprechend, den Unternehmern zu unterbreiten. Von allen Diszussionsordnern wurde betont, daß es zur restlosen Erfüllung dieser Forderungen der tatkräftigen Unterstützung aller Berufstätigen bedarf. Wer das will, der arbeite mit uns an der besseren Gestaltung unserer Lohnverhältnisse. Die kurze Saisonstätigkeit muß ausgenutzt werden, um alle noch unorganisierten Kollegen der Organisation zuzuführen.

Zur Lohnbewegung der Kellner. Donnerstag nachts hatten die verschiedensten Berufszweige der Restaurations-, Café- und Hotelbranche zu vier großen Versammlungen gerufen, die von etwa 20 000 Arbeitnehmern besucht waren. Es handelte sich in diesen Versammlungen darum, Stellung zu nehmen gegen die Willkürakte des Unternehmertums, die alles bisher Dagewesene in den Schatten stellen. Die Unternehmer sind nämlich verpflichtet, vom 15. 8. bis zum 1. 10. einen zehnprozentigen Zuschlag zu den bestehenden Löhnen zu gewähren. Als es darauf ankam, den Zuschlag zur Auszahlung zu bringen, weigerten sich die Unternehmer und brachten im Gegenteil den Arbeitnehmern einen Reviers zur Unterschrift, der außerordentliche Verschlechterungen in ihrer Anstellung vorläß! Der angerufenen Schlichtungsausschuß entschied zugunsten der Arbeitnehmer und verpflichtete die Unternehmer, den feinerzeit bewilligten zehnprozentigen Zuschlag zur Auszahlung zu bringen. Diese Vorfälle wurden in den Versammlungen zur Sprache gebracht und lösten überall eine stürmische Empörung aus. In allen Versammlungen wurde eine Resolution einstimmig angenommen, die einen scharfen Protest gegen die Willkür der Unternehmer zum Ausdruck bringt, der notigenfalls mit den schärfsten Mitteln durchgeföhrt werden müßte.

Parteiveranstaltungen

Bezirksverband Berlin-Brandenburg

Die Wahlkreislage für die Stadt- und Bezirksverordnetenwahl müssen bis heute, Sonnabend, nachmittags 3 Uhr, bei den zuständigen Stellen eingereicht werden.

Wir ersuchen die Bezirksleiter, die noch keine Angaben über die Anzahl der benötigten Stimmzettel gemacht haben, dies sofort zu verschaffen und dem Bureau Mitteilung zu machen. Die Geschäftsleitung.

Alle Parteigenossen, die während des Wahlkampfes in der Föh von gegnerischen Flugblättern und anderem Wahlmaterial gefangen, werden gebeten, davon Exemplare für das kommunalpolitische Archiv der „Freiheit“-Redaktion zur Verfügung zu stellen. Solches Material kann jederzeit in der Redaktion der „Freiheit“, in Händen des Genossen Seger, oder beim Bezirksverband Berlin-Brandenburg abgeholt werden.

Schönberg-Friedenau. Die Jugendhilfe findet gemeinsam mit „Freiheit“ am Sonntag, den 25. September, um 10 Uhr vormittags, im Gymn.-Gymnasium, Friedenau, Hombricht, statt. Karten a 2,50 M. sind bei Frau, Reiziger Str. 27, bei Herrn, Sülzer-Wälder-Str. 13, und bei Michael, Friedenau, Wiesböhmer Straße 4, beim am Sonntag erhältlich. Wir bitten, die Betanstellung rechtzeitig zu besetzen. Die Bildungs-Kommission.

Sonntag, 25. September

17. District. Die Ordner treffen sich um 2 Uhr (abends) Landsberger Allee, District Lichtberg. 3 1/2 Uhr Schulentlassungsfeier in der Parkaue. Karten (1 M.) bei Seipke, Kronprinzenstraße 47; Paul Werner, Wilhelmstraße 7, und an der Kasse.

Bernau. Die Jugendhilfe findet nachmittags 10 Uhr im Gymn. statt.

Geschäftliches

Jirka Kaja. Die Direktion des Jirka Kaja bittet uns, darauf hinzuweisen, daß vom kommenden Sonntag ab die Nachmittagsunterhaltungen nicht erst um 3 1/2 Uhr, sondern bereits um 3 Uhr beginnen. Der frühere Beginn hat sich als unzulänglich erwiesen, weil das umfangreiche Eröffnungsprogramm ungefügt zur Verführung kommen soll. Wie bisher, hat jeder Erwohrene zur Nachmittagsunterhaltung auf seinen Stuhl ein eigenes Kind frei. Die Abendveranstaltungen beginnen nach wie vor um 7 1/2 Uhr.

Verantwortlich für Politik und Redaktion: Leo Liebschütz, Berlin-Friedenau; für Kommunalpolitik, Cafes und Gewerkschaftliches: H. Radner, Berlin; für den Intellektuellen und geistliche Mitteilungen: Ludwig Komertner, Charlottenburg; - Zeitungsredaktion: „Freiheit“, e. G. m. b. H., Berlin. - Druck der Berliner Druckerei G. m. b. H., Berlin C. 2, Breite Straße 8-9.

Die Nachmittags-Unterhaltungen im Kaffee ZIELKA,

Friedrichstr. 29-30, Ecke Leipziger Str., haben nunmehr wieder ihren Anfang genommen und ihre bewährte Anziehungskraft auf das Publikum gewonnen. Besonders erzielen die originellen und phantastischen Tanzvorführungen sowie die sehr lustigen, witzigen Vorträge außerordentlich starken Beifall. Der Eintritt ist frei! Beginn 4 1/2 Uhr.



Bekanntmachung für die Berliner Hausfrauen

In Berlin-Pichelsdorf haben wir eine neue Zweigfabrik errichtet. Wir sind hierdurch in der Lage, Ihnen täglich durch die einschlägigen Geschäfte frische Ware zu liefern. Seit 34 Jahren fabrizieren wir Margarine und unsere Erzeugnisse sind in Westdeutschland allgemein als Qualitätsware bekannt. Beim Einkauf achten Sie auf unsere Firma. Sie haben alsdann die volle Gewähr, auch wirklich unsere Qualitätsware stets frisch fabriziert zu erhalten.

„Esbu“ feinste EGG-Butter-MARGARINE
„Cobu“ Cocos-Pflanzenbutter-MARGARINE

Bergisch-Märkische Margarine-Werke
F.A. Jsserstedt A.G.
Elberfeld und Berlin-Pichelsdorf

Ausser Konzern

Guld 1900.
wer Süßstoff verwendet.
Er ist gut, billig und bekömmlich!
1 H.-Briechen (Süßholz) von 1 Pfund Zucker) nur 75 Pf.
1 Tablette — 1 1/2 Würfel Zucker genügt für eine Tasse Kaffee, Kofee, Tee usw.
Echtheit mit 100 200 u. 500 Tablettchen
M. 1.40 2.60 6.—
Erhältlich in Kolonialwaren-, Drogeriehandlungen und Apotheken.

Sieben erschienen!

Die Ketzerbibel

von Hugo Efferoth

Reich illustriert! — Vollständige Satire

Das interessante Buch behandelt auf mehr als 300 Druckseiten alle Fragen einer auf Natur- und Geschichtswissenschaft sich aufbauenden proletarischen Weltanschauung. Jedem Arbeiter, Angestellten, Beamten, der mit dem Aberglauben der Kirche und ihren reaktionären Tendenzen gebrochen hat, zugleich aber nach Aufklärung über die natürlichen Zusammenhänge in der Welt und die Entwicklung alles Seienden vom Wagnis bis zum modernen Mitteleuropäer ringt, wird das Buch unentbehrlich sein. Darin wird weder dem alten Staatskirchentum noch dem modernen Sektens- und Spiritismusunfug gewidert.

Preis des Werkes brosch. M. 21.—, gut gebund. M. 24.—

Reichhaltige Verlagsverzeichnisse über unsere sonstigen freigeistig-sozialistischen Verlagsobjekte bitten wir zu verlangen

Buchhandlung „Freiheit“
Berlin C 2 / Breite Straße 8-9

Genossen! Werbt für unser Blatt!